

# Der Stein- & Arbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaarte Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 6. Dezember 1930

34. Jahrgang

Nummer 49

### „Basalt-Unionen“

Im Heft 22 vom 20. November 1930 der „Wasser- und Wegebau-Zeitschrift“ bringt der in Fachkreisen gut bekannte Landesausschuss a. D. Steinfabrikanten, einen recht beachtlichen Artikel mit der obigen Überschrift. Beachtlich deshalb, weil der Verfasser manche zurückliegenden Vorkommnisse in der deutschen Schotter- und Pflastersteinindustrie richtig wertet, sie dementsprechend kritisiert und im Hinblick auf die bestehende und die werdende „Basalt-Unionen“ die nötigen Schlussfolgerungen daraus zieht. Auch die von ihm beliebte Anwendung des Darwinismus auf die Steinbruchbetriebe (d. h. daß immer die kräftigsten und der Umwelt am besten angepaßten Individuen im Kampfe ums Dasein obliegen, sich fortpflanzen und somit die ganze Art bestimmen) hat schon etwas für sich. Im Allgemeinen vollzieht sich so das Auf und Ab im heutigen Wirtschaftsorganismus. Die gegenwärtige Krise zeigt das immer wieder von neuem. Die Steinindustrie ist tatsächlich doppelt belastet, denn einmal ist es die rein berufliche Krise, die von allen Seiten alle Zweige der Natursteinindustrie durch Ersatz- oder Surrogatstoffe hart bedrängt, dazu kommt die allgemeine, anhaltende Wirtschaftskrise der Absatzmangel und Kapitalnot. Steinindustrie und Steinstraßenbau kämpfen nach mehreren Fronten tatsächlich um ihre Existenz! Das wissen natürlich auch die Arbeiter. Dennoch hat die Art Betriebs- und Industrie-„Gesundung“, die in und mit den „Basalt-Unionen“ erstrebt wird und die der Landesbaurat Steinfabrikanten als das letzte Hilfsmittel ansieht, um die Steinindustrie für den Wegebau wieder auf die Beine zu bringen, für die in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter etwas unglückliches an sich. Brutales, weil die Arbeiter gegen diese Entwicklung wehrlos sind! Ihre Arbeitskraft wird wie eine tote Kuh ohne jede Gemütsbewegung von den kapitalstärkeren Steinbruchindustriellen beiseite geschoben, zählt einfach nicht mit bei dieser Industriegehung, die unter dem Begriff Rationalisierung vor sich geht. Durch die vollständige Stilllegung von Steinbrüchen und Schotterbetrieben wird den am Ort ansässigen Steinarbeitern die Existenzmöglichkeit gänzlich entzogen. Auch ein Abwandern zu den im Betrieb bleibenden Steinbrüchen ist ganz aussichtslos, denn auch dort werden menschliche Arbeitskräfte durch die Maschinenteknik und den eingeschränkten Absatz überflüssig werden. Das ist der düsterste Tatbestand dieser Entwicklung, von den Basalt-Unionen befehleunigt, die aber den bisher gleichgültigsten Arbeiter zu einem unerbittlichen Feind der kapitalistischen Privatwirtschaft machen muß. Das sind die Schlussfolgerungen, die wir aus dem Werden der Basalt-Unionen zu ziehen haben. Doch lesen wir, was der Landesbaurat Herr Steinfabrikanten darüber zu sagen hat:

Der heutige wirtschaftliche Niedergang hat eine große Ähnlichkeit mit dem Niedergang um das Jahr 1500 herum, wo auch, genau wie heute, jeder die Schuld am Niedergang beim andern suchte, und niemand erkannte, daß eine andere, höhere Gewalt, nämlich die Entdeckung Amerikas und die dadurch verursachte Umlagerung der ganzen Wirtschaftsverhältnisse, die Ursache war. Auch heute dürfte die alleinige Ursache der wirtschaftlichen Weltkrisis wohl ausschließlich im großen Weltkrieg und der dadurch herbeigeführten Verlagerung der bisherigen Produktionsstätten und Abnahmegebiete zu suchen sein.

Sehr schwer leidet bei uns in Deutschland durch diesen Niedergang ganz ohne Zweifel die Steinindustrie, denn sie wird doppelt getroffen. Einmal drückt der allgemeine Niedergang sie gleichfalls, dann aber droht die moderne Verkehrsentwicklung im Kraftwagenverkehr geradezu zum tragischen Schicksal der Steinindustrie zu werden, wenn nicht die letzte Kraft eingespannt wird, dieses Schicksal aufzuhalten. Nicht nur, daß der Kraftwagenverkehr der Eisenbahn die Einnahmen entzieht und dadurch rückwirkend die großen Schotteraufträge abstoppt, sondern auch der Straßenbau, dem die Steinindustrie durch ein halbes Jahrhundert die Treue gehalten hatte, kehrt diesen alten, bewährten Freunden den Rücken und wendet sich neuen Sternen zu.

Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß die Jahre 1925 und 1926, ganz besonders aber das Jahr 1927, die eine neue Blüte der Steinindustrie einzuleiten schienen, diesem Industriezweig, im Rückblick betrachtet, geradezu verhängnisvoll geworden sind.

Diese Jahre brachten der Steinindustrie eine ungewöhnliche Scheinkonjunktur und verführten dadurch nicht nur Gewatter-Schneider und Handschuhmacher, sondern auch ernstzunehmende Kreise, bei dieser Scheinkonjunktur mitzumachen, und Steinbrüche und Betriebe einzurichten an Stellen und unter Umständen, die bei nüchternen Fachbeurteilung niemals hierfür in Betracht gekommen wären.

Dieses Eindringen ungeeigneter und ungelerner Elemente brachte ein Flut von minderwertigen Leistungen auch im Einbau und gewisse Erscheinungen der Unsolidität in die Steinindustrie, die sich naturgemäß distendierend auf den ganzen Industriezweig auswirkten.

Dadurch ist heute eine Sachlage geschaffen, nach welcher die Produktionsmöglichkeit Bedarf und Abnahme um 100 Prozent übersteigt. Ein derartiger Zustand ist ohne Frage in höchstem Maße ungesund und auf die Dauer wirtschaftlich untragbar, wenn es nicht beizugehen gelingt, dieser schweren wirtschaftlichen Erkrankung Herr zu werden.

Die heutige Lage in der Steinindustrie ähnelt sehr stark der ähnlichen Lage im Ziegeleigewerbe in der Zeit kurz vor und nach dem Weltkrieg. Wir hatten damals in Deutschland etwa 18000 Ziegeleien, während vielleicht 4000 bequem in der Lage waren, den gesamten Ziegeleibedarf reichlich und gut zu decken.

Damals brachte aber dem Ziegeleigewerbe die Inflation ganz wider Erwarten eine gewisse Gesundung, indem viele Ziegeleibesitzer die Gelegenheit wahrnahmen, ihre Anlagen abzubauen und das gewonnene Abbruchmaterial vorteilhafter zu verwerten, als es durch Ziegelbäckerei möglich gewesen wäre.

Diese natürliche Flurbereinigung in der Ziegeleiindustrie fiel der letzteren als Folgeerscheinung der Inflation gewissermaßen wie ein Geschenk vom Himmel in den Schoß. Diese Flurbereinigung wirkte sich dadurch verhältnismäßig schmerzlos aus. Sie brauchte nur von den führenden Herren der Ziegeleiwirtschaft in den richtigen Bahnen gehalten zu werden.

Anders bei der Steinindustrie. Hier hat sich die Hauptkrankheitserscheinung erst, wie bereits angedeutet, in den Jahren 1925 bis 1927 gezeigt, und vorläufig ist keine Inflation in Aussicht, welche das automatische Verschwinden dieser Krankheit in Aussicht stellt. Und doch muß der Arzt kommen und eingreifen.

Mangels einer Inflation oder sonst helfender Faktoren bleibt meines Erachtens der Steinindustrie nur der einzige Weg der Selbsthilfe.

Verheißungsvolle Ansätze in dieser Richtung sind bereits geschaffen durch die vor einigen Jahren gegründete Basaltunion am Rhein, ferner durch die in diesen Tagen perfekt gemordene Basaltunion im Gebiet Hesse-Rassel und auch die vor etwas Jahresfrist gegründete Basaltvereinigung in beiden Schlesien.

Es dürfte deshalb an der Zeit sein, diesen Selbsthilfsvorgang kritisch zu betrachten und ihre Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen.

Zunächst sei vorausgeschickt, daß es meines Erachtens die Gründer der rheinischen Union sehr glücklich vermieden haben, für den Zusammenschluß nicht die straffe Syndikatsform zu wählen, die erfahrungsgemäß (vgl. Zement Syndikat) sich in der Leitung und kaufmännischen Betätigung zu einer verhältnismäßig starren Beamtenbürokratie zu entwickeln pflegt, welcher nachher bei der Auftragsverteilung die Wichtigkeit sowie Einfluß und Beziehungen des Einzelproduzenten abgeht.

Dies ist ein verbodes Kapital, in jahrzehntelanger Aufbauarbeit geschaffen, das man nicht ohne Not preisgeben sollte. Gewiß kann eine solche Selbsthilfe, auch diejenige der Basaltunionen, darauf hinauslaufen, die Produktionskapazität zu verringern, und es mag für manch einen Steinbruchbetreiber vielleicht die traurigste Stunde seines Lebens sein, wenn er den letzten Arbeiter aus dem stillgelegten Betriebe herausziehen muß und von dem letzten Sprengschuß im Berg genau weiß, daß es vielleicht für immer der letzte gewesen ist.

Aber diesem Schicksal entgeht er auch nicht, wenn die Rationalisierung nicht erfolgt, sondern die naturnotwendige Entwicklung über ihn hereinbricht.

Und doch ist ein großer Unterschied vorhanden. Drückt ihn die Entwicklung automatisch zu Boden, so geschieht dies reiflos ohne wirtschaftlichen Gegenwert, ohne Aussicht, auch nur den Wert eines Strohhalmes jeweils wieder aus seinem Betrieb herauszuholen.

Anders aber, wenn die Rationalisierung auf überlegter freiwilliger Basis vor sich geht. Dann, und auch nur dann sind immerhin noch gewisse Möglichkeiten geschaffen, durch die bestehenbleibenden Betriebe eine gewisse Altersrente, sagen wir mal eine Leibzucht aus dem gestorbenen Betriebe herauszuholen.

Beim Lesen dieses Satzes könnten nun die Verbraucher leicht auf den Gedanken kommen: „Aha, das geht wieder auf unsere Kosten.“

Diese Auffassung ist grundfalsch, denn die Konzentration der Erzeugung auf hochwertige Betriebsstätten mit modernsten Anlagen, die erst zur wirklich wirtschaftlichen Auswertung gelangen, wenn sie gut zueinander ausgelastet sind, ergibt gerade dadurch die notwendige wirtschaftlichere Gestaltung der Betriebsführung, durch die Rentenleistungen überhaupt erst ermöglicht werden.

Der eine oder andere Abnehmer könnte nun unter dem Druck der Finanznot, die ja auch heute die Verwaltungen sehr schwer belastet, auf den Gedanken kommen, auch diesen Rationalisierungs-gewinn für den Konsumenten in Anspruch zu nehmen und andererseits die Besitzer der stillgelegten Betriebe ihrem Schicksal zu überlassen.

Das geht nicht. Denn einerseits ist die Rationalisierungsleistung ein interner Faktor, die Union als Betriebseinheit aufgefaßt, auf welchen der Konsument keinen Anspruch hat, denn dieser Rationalisierungsfaktor beruht allein auf interner Leistung und Gegenleistung.

Die Konsumenten sollten aber andererseits vernünftigerweise nicht einmal in Gedanken die Hand nach diesem Faktor ausstrecken, zumal gerade die Rationalisierung ihnen die meisten Vorteile bringt, denn

1. gibt nur eine Rationalisierung die Möglichkeit der vernünftigen Anpassung der Produktion an den Verbrauch.
2. Die Besterzeugung der Konsumenten sowohl nach Qualität wie auch Quantität, letztere besonders bei kostbarem Absatz, sind durch technisch und wirtschaftlich gut arbeitende Betriebe am besten gesichert.
3. Nur solche Betriebe sind in der Lage, den Abnehmern die Garantie für technischen Fortschritt zu bieten (Saubereit des Materials usw.), heute z. B. Edelplittterzeugung, morgen andere technische Entwicklungsmöglichkeiten.
4. Nur wirtschaftlich gut fundierte Betriebe sind auch allein in der Lage, die sozialen Forderungen, die heute aus der allgemeinen Not heraus an Betriebsunternehmer gestellt werden und gestellt werden müssen, zu erfüllen.
5. Nur solche Betriebe sind allein in der Lage, wirtschaftliche Erschütterungen (z. B. Konkursverluste) zu überstehen; Erschütterungen, die regelmäßig auch den Konsumenten mehr oder weniger in Mitleidenschaft zu ziehen pflegen.
6. Die Zusammenfassung der Aufträge und ihre Unterverteilung auf die jeweils geeigneten Betriebe ermöglicht überhaupt erst eine planmäßige Produktion.

Gerade die trüben Erscheinungen des Jahres 1927 in dieser Richtung, die wohl noch allen Abnehmern in böser Erinnerung sein dürften, müßten allein Grund genug für die Abnehmer sein, derartigen Zusammenschlußbestrebungen im Steinbruchgewerbe jede nur irgendmögliche Hilfsleistung zu geben.

Eine kurze Betrachtung mag noch der Frage gewidmet sein: „Soll sich bei derartigen Rationalisierungen auch die öffentliche Hand beteiligen?“

Wie ich über die Betätigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben denke, ist allgemein bekannt. Die erste und Hauptaufgabe der Staates sowohl wie der Gemeinden und des kommunalen Verbandes ist die: „zu verwalten.“

Wirtschaften heißt nicht nur „Geldverdienen“, sondern unter Umständen leidet auch „Geldverlieren“. Dieses Risiko muß Sache der Privatwirtschaft bleiben.

Unter gewissen Umständen kann man sich allerdings damit befremden, wenn die öffentliche Hand durch Beteiligung an maßgebenden Richtungsbetrieben Einfluß zu gewinnen sucht auf die Dispositionen dieser Betriebe und die Verteilung der Produktion und Preisgestaltung. Denn nur dann liegt ein öffentliches Interesse vor, das einzig und allein die Verwendung von Steuergebern rechtfertigt.

Voraussetzung ist dabei natürlich, daß mit der nötigen Sorgfalt und Vorsicht geprüft und gewählt wird, so daß die für diese Beteiligungen aufgewendeten Steuererlöse dem Eigentümer, das ist der Gesamtverband der Steuerzahler, nicht verlorengehen.

Sind diese Voraussetzungen aber erfüllt, dann hat eine solche Beteiligung der öffentlichen Hand auch manche Vorzüge insofern, als sie z. B. in Zeiten einer Wirtschaftskrise, wie wir sie jetzt erleben, ganzen lebensnotwendigen Betriebsgruppen einen gewissen Rückhalt gibt. Man denke z. B. an das Arbeitsgebiet der Rheinischen Basaltunion, welche die rechts- und linksrheinischen Produktionsgebiete sowie den Westerwald und die Eifel umfaßt und doch für diese ganze Gegend nahezu der einzige Wirtschaftsfaktor ist, mit dem Tausende von Existenzen auf Leben und Tod in diesen Gebieten verbunden sind.

Schließlich aber sei noch darauf hingewiesen, daß erst die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit der Produktion am gemeinsamen Tisch in der Lage ist, zwischen Produzenten und Konsumenten eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, die gerade in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges einen besonders wertvollen moralischen Faktor der Sicherheit und Ruhe darstellt. Man denke an Bergleitz z. B. nur an das Schiff in Seenot, das viel eher die Aussicht hat, durch Sturm und Klippen den Hafen zu gewinnen, wenn die Befahrung im gegenseitigen Vertrauen ihr Neugewicht hergibt, als wenn auf einem anderen Schiff in derselben Lage jeder nur an sich denkt und jede Handlung des einzelnen von Mißtrauen gegen den Kameraden erfüllt ist. Die Wahrscheinlichkeit der Rettung liegt sicher nicht beim zweiten Falle.

Die Vorteile und günstigen Möglichkeiten einer gesunden Rationalisierung sind auch in der Steinindustrie so groß, daß alle Beteiligten, auch diejenigen, die das Schicksal der Stilllegung trifft, gut daran tun, einer solchen Rationalisierung möglichst einmütig zuzustimmen oder ihr zum mindesten die Wege zu ebnen. Der Widerstand gegen eine vernünftige Rationalisierung bedeutet auf jeden Fall auch für jeden einzelnen, für den einen früher, den anderen später, die Gefährdung der Existenz. Andererseits sind aber die Vorteile einer vernünftigen Rationalisierung für die Konsumenten, insbesondere die Verwaltungen, so groß, daß sie derartige wirtschaftliche Zusammenfassungen mit allen Mitteln unterstützen sollten, insbesondere aber nach der Richtung, daß sie die Entstehung neuer Produktionsstätten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern müßten.

Die Entstehung neuer, vielleicht Eintagsunternehmungen liegt auch wegen der Gefahr von Enttäuschungen nicht im Interesse der Arbeitnehmer.

Es geht allerdings nicht an, im Zeitalter der Gewerbefreiheit einem einzelnen Wirtschaftszweig die Kette einer Zwangsmonopolisierung anzulegen.

Wie es auch beim lebenden Wesen, beim Haustier sowie beim Menschen, heute Grundlag ist, möglichst gesunde und lebensfähige Wesen in die Welt zu setzen zwecks bester Erfüllungsmöglichkeit der Zweckbestimmung des einzelnen Lebewesens, so soll man auch in der Wirtschaft dieses Prinzip nicht verlassen, sondern erst recht auch hier eine Kulturerrungenschaft zur Geltung zu bringen, eine Errungenschaft, die sicher allseitig als Fortschritt anerkannt wird. Die Erkenntnis, daß diese Errungenschaft nicht nur im Betrieb der Lebewesen berechtigt ist, sondern vielleicht noch viel mehr auf den heutigen Wirtschaftsorganismus zutrifft, dürfte allein schon geeignet sein, die maßgebenden Faktoren, insbesondere die in Betracht kommenden öffentlichen Organe und Verwaltungen, zu veranlassen, unter keinen Umständen zur Neuentstehung von schwindelhaften Krüppelbetrieben irgendwie die Hand zu reichen.

Sind nun die Mittel und Wege einmal erkannt, die allein geeignet sind, der schwer gefährdeten Steinindustrie noch einmal eine lebensfähige Basis zu geben, dann muß aber auch Ruf und Unterstützung an alle Beteiligten, insbesondere an die gerade in dieser Hinsicht so einflussreichen Straßenverwaltungen ergehen, einem für die gesamte deutsche Volkswirtschaft so außerordentlich wichtigen Erwerbszweig mit allen Mitteln zu helfen, damit diese Basis beschleunigt geschaffen wird. Gerade der deutsche Straßenbau erfüllt durch eine solche Hilfe nur eine moralische Verpflichtung, weil es in erster Linie die deutsche Steinindustrie gewesen ist, die ihnen in jahrzehntelanger solider und zuverlässiger Arbeit die Treue gehalten hat. Und wenn das alte deutsche Wort von der „Treue um Treue“ noch irgendwie eine Geltung haben soll, dann ist seine Anwendung in diesem Falle für die deutschen Straßenbauverwaltungen geradezu eine Ehrenpflicht.

# Arbeiterklasse und Wirtschaftskrise

Die wirtschaftliche Krise, unter der wir in Deutschland zu leiden haben, ist — wie der Kollege Eggert vom ADGB kürzlich in einer Rundfunkrede betonte — insofern eine typisch deutsche Erscheinung, als sie im Vergleich zu anderen Weltstaaten besonders drückend ist. Die speziellen Ursachen für die besonderen Krisenercheinungen in Deutschland sind in der Kapitalflucht ins Ausland, dem künstlich hochgehaltenen Preisstand und in den Reparationslasten zu erblicken. Darüber hinaus aber kann die gegenwärtige Wirtschaftskrise nur in Verbindung mit den allgemeinen weltwirtschaftlichen Krisenercheinungen gesehen und beurteilt werden. Daß nämlich in fast allen namhaften Industriestaaten die typischen Krisenzeichen: Produktionsrückgang, Preissturz, Sinken der Zinssätze und außergewöhnliche Arbeitslosigkeit, vorhanden sind, zeigen in sehr anschaulicher Weise nachstehende Ziffern:

## 1. Rückgang der Produktion.

	Steinkohlenförderung		Roheisenerzeugung	
	1. Halbjahr 1930	1. Halbjahr 1929	1. Halbjahr 1930	1. Halbjahr 1929
Deutschland	73,3	78,4	5,5	6,5
Polen	17,5	21,7	—	—
Großbritannien	127,9	129,5	3,7	3,6
Vereinigte Staaten	239,8	266,2	18,5	21,9

Den größten Rückgang in der industriellen Produktion hat demnach Amerika aufzuweisen. Welche Einschränkungen darüber hinaus der Außenhandel einzelner Staaten aufzuweisen hat, zeigt folgende Zahlenreihe:

## 2. Außenhandel verschiedener Staaten.

		Juli			
		1929	1930	1930	1930
Deutschland	Einfuhr	1120	909	796	737
(in Millionen RM.)	Ausfuhr	1057	895	919	939
England	Einfuhr	101,8	85,2	79,9	78,7
(in Mill. Pfund Sterling)	Ausfuhr	69,8	50,7	42,8	42,7
Frankreich	Einfuhr	4857	4120	4068	4206
(in Millionen Franc)	Ausfuhr	4173	3530	3108	3359
Belgien	Einfuhr	2959	2554	2334	—
(in Millionen Franc)	Ausfuhr	2686	2282	1994	—

Welche Wirkungen der Rückgang des Handelsvolumens auf die Großhandelspreise ausübte, geht aus der nachstehenden Aufstellung hervor:

## 3. Großhandelspreise verschiedener Länder.

	Juli 1929		Juli 1930	
	1929	1930	1929	1930
Deutsches Reich	138	125	149	129
Dänemark	149	129	613	537
Frankreich	613	537	137	119
Großbritannien	137	119	477	402
Italien	477	402	141	115
Niederlande	141	115	149	127
Vereinigte Staaten von Amerika	149	127	—	—

Sehr interessant ist nun, zu beobachten, daß trotz eines erheblichen Sinkens der Großhandelspreise dieser Preisrückgang infolge der Kartellierung nicht zur vollen Auswirkung kommt. In den meisten Ländern steht das Sinken der Großhandelspreise in keinem richtigen Verhältnis zu dem Kleinhandelspreis, wie die Indizes der Lebenshaltungskosten erkennen lassen.

## 4. Kleinhandelspreise.

	1929		1930	
	April	Juni	April	Juni
Deutsches Reich	154	153	147	148
Belgien	214	213	224	221
Großbritannien	161	161	155	155
Italien (Rom)	509	503	483	479
Polen (Warschau)	125	123	116	116
Vereinigte Staaten	170	170	167	167

Als charakteristisches Merkmal für den krisenhaften Wirtschaftsverlauf sind schließlich noch die Zinssätze zu erwähnen. Als Maßstab hierfür gilt, wie in Deutschland der Reichsbankdiskontsatz, in den übrigen Ländern der Zinssatz der staatlichen Bankinstitute. Danach betragen

## 5. Die Zinssätze

	August 1929	August 1930
in Deutschland	7,5 Prozent	4,0 Prozent
in England	3,5 Prozent	2,5 Prozent
in Frankreich	3,4 Prozent	2,27 Prozent
in Belgien	5,0 Prozent	2,5 Prozent
in Holland	5,5 Prozent	3,0 Prozent

Der relativ hohe Zinssatz in Deutschland, der inzwischen um ein weiteres Prozent heraufgehoben werden mußte, ist vor allem eine Folge der Kapitalflucht und der unsicheren politischen Lage Deutschlands. Als Hauptmerkmal und soziales Symptom jeder Krise bleibt endlich die Arbeitslosigkeit zu erwähnen. Nach den letzten Veröffentlichungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes waren im August dieses Jahres in den einzelnen Staaten folgende Prozentziffern an Arbeitslosen vorhanden:

	Arbeitslose
Deutschland	22 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder
Großbritannien	17,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder
Vereinigte Staaten	22 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder

Die Gleichförmigkeit dieser Krisenercheinungen in den größten kapitalistischen Staaten veranlaßt kürzlich den Gen. Dr. Kaphstali zu der Schlussfolgerung, daß die gegenwärtige Krise weder eine spezielle Reparations- noch Rationalisierungskrise, noch eine revolutionäre Endkrise des Kapitalismus, sondern „eine durch bestimmte Umstände verschärfte normale Krisenercheinung“ ist. Für die Arbeiterbewegung ergibt sich — nach Kaphstali — daraus die Folgerung, daß zwar im Kapitalismus weder diese Krise noch überhaupt eine Krise verhindert werden konnte, aber, daß der Klassenkampf zugleich bewußte Konjunkturpolitik sein muß. Das bezieht sich besonders auf alle Fragen der Sozialpolitik, die, dank dem Machtgewinn der Arbeiterschaft im demokratischen Staat, jetzt mehr als früher im Vordergrund politischer Auseinandersetzung steht und vor allem auf den Kampf um die Erhaltung des Lohnniveaus. Es ist eine in jeder Krise beobachtete Erfahrungstatsache, daß das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumfähigkeit nur aufgehoben werden kann, wenn der Preisrückgang stärker ist als die Lohnsenkung, die in jeder Krise notwendig erfolgt.

Entsprechend dieser theoretischen Erkenntnis hat der Internationale Gewerkschaftsbund vereint mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale in der Ende Oktober in Köln stattgefundenen gemeinsamen Komiteesitzung auch die notwendige praktische Schlussfolgerung gezogen und folgende gewerkschaftliche Kampfforderungen für die nächste Zeit proklamiert:

1. Abwehr jeder Senkung des Reallohnes, da durch Verminderung der Kaufkraft die Zahl der Arbeitslosen weiter wachsen müßte.
2. Erhöhung der Kaufkraft und dadurch Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Bekämpfung der Maßnahmen kapitalistischer Wirtschaftsverbände, die die Anpassung der Preise von Fertigwaren an die gesunkenen Rohstoffpreise verhindern. Kampf gegen die künstliche Hochhaltung der Kleinhandelspreise gegenüber den gesunkenen Großhandelspreisen.
3. Einführung, Erhaltung und Ausbau einer hinreichenden Sicherung der Lebensmöglichkeiten der Arbeitslosen.
4. Gerechtere Verteilung der Arbeitsgelegenheit während der Krise durch Verkürzung der Arbeitszeit. Zum Ausgleich der verschärften Anspannung der Arbeitskräfte in der rationalisierten Wirtschaft ist die dauernde gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit international anzutreten.

5. Um die politischen Quellen der Krisenverschärfung zu verstopfen, gilt es, alle Kräfte für die Sicherung des Friedens unter den Völkern zu mobilisieren durch die internationale Abrüstung, durch die allgemeine Streichung der Kriegsschulden, durch die Bekämpfung des Faschismus und der Diktatur, in welcher Form sie immer auftreten mag, durch die Sicherung der Demokratie, die die Grundlage jeder sozialen und freiheitlichen Politik ist.

# Die Not darf uns nicht trennen

Bei den Kämpfen über die Lohn- und Arbeitszeitfrage hängt es von der organisatorischen Macht der Arbeiter ab, wie die Entscheidung ausfällt. In Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, die von den Unternehmern stets zur Durchführung ihrer eigenjüchtigen Profitinteressen ausgenutzt worden sind, ist der Zusammenhalt der Arbeiterschaft notwendig denn je. Gerade daran zeigt sich die Erkenntnis ihrer eigenen Lage, daß die Arbeiterschaft in Zeiten der Not zusammenhält und allen fremden Verlockungen zum Trotz ihre Stärke in der Organisation verankert. Die Schuld, daß die Verhältnisse sich so katastrophal zuspitzen haben und die Arbeiterschaft geradezu verzweifelt ist, liegt nicht bei der Organisation. Die Organisation muß die Machtverhältnisse immer genau prüfen, die Unterschätzung des Gegners oder die Ueberschätzung der eigenen Kraft kann bei solchen entscheidenden Auseinandersetzungen schwerwiegende Folgen zeitigen. Was in Jahrzehnten aufgebaut wurde, mühselig im schwersten Ringen erkämpft worden ist, kann bei unüberlegten Schritten leicht in einen Trümmerhaufen verwandelt werden.

Die Unternehmer wissen genau, was sie tun, wenn sie gerade jetzt auf der ganzen Linie zum Angriff auf die Löhne übergehen. Die Not ist bei den Arbeitern groß, die Verzweiflung steigt, und die Ausflüchte für eine baldige Besserung der Wirtschaftslage sind sehr gering. Vielleicht besteht auch an manchen Stellen der Wunsch, die Not möchte noch größer werden. Denn je größer die Not, desto mürrer ist die Arbeiterschaft. Auch zu Verzweiflungsausbrüchen ist man leichter geneigt. Da lagen sich die Unternehmer, jetzt ist es Zeit, den Angriff zu wagen. Den Arbeitern ist der Mut gesunken, der Zusammenhalt ist erschüttert, wenn die Unternehmer jetzt fest zupacken, werden sie etwas von ihren Forderungen durchsetzen. Es ist ja eine bekannte Tatsache, sobald die Not da ist, liegen sich auch Brüder in den Haaren. Täglich brechen Hunderte von Ehen, die sonst alle Voraussetzungen eines glücklichen und zufriedenen Zusammenlebens besitzen, zusammen, weil plötzlich durch die Arbeitslosigkeit des Mannes oder eines anderen Umständen Not in die Familie eingekehrt ist. So ist es auch im großen. Die Arbeiterschaft eines sonst gut organisierten Betriebes wird plötzlich uneinig, weil die Hälfte entlassen werden soll. Mißtrauen greift um sich, einer traut dem andern nicht mehr, man vermutet Angeberei, Schmaroherei, Ausstecherei usw. Die Unternehmer wissen ganz gut, daß es so ist, daher greifen sie gern zu diesem Mittel. Oft erfolgt eine groß angekündigte Massenentlassung nur aus diesem Grunde. Ist es gegliedert, einen Keil in die Arbeiterfront hineinzutreiben, werden die Entlassungen rückgängig gemacht, und der Unternehmer spielt sich auf als Wohltäter der Menschheit. Vergnügt reißt man sich hinterher die Hände, daß die Arbeiter auf den Leim gekrochen sind. Man bringt dabei seinen Profit schon ins Trockene. Entweder kommt eine Lohn- oder Akkordpreissenkung heraus oder die Antreiberei verschärft sich.

Aber auch noch ein anderes Ziel verfolgen die Unternehmer. Eine starke Arbeiterorganisation ist ihren Anbelungsabsichten im Wege, sie wissen, daß sie einer fest organisierten Arbeiterschaft nicht viel bieten können. Daher rechnen sie damit, daß es ihnen in solchen Notzeiten gelingen wird, die Organisation zu schwächen, ihre Widerstandskraft zu brechen. Verleumdungen und Verdrehungen setzt man in die Welt, jedes Mittel ist ihnen recht, wenn sie nur ihr Ziel erreichen. Sie wollen unter allen Umständen den Arbeitern beibringen, daß die Organisation nichts nützt, nicht helfen kann. Darauf arbeiten sie hin! Und jeder Arbeiter stützt sie, wenn es sich jetzt kleinmütig und nörgelnd zurückhält, nicht mitkämpft! Die falschen Neugründungen ausbeuten, leisten den Unternehmern die besten Dienste. Das wollen die Unternehmer, sie lassen es sich sogar Geld kosten und eine Zeitlang sind solche Unternehmernächte bei ihrem Ausbeuter hoch angesehen, bis sie eines Tages kalt abgehoben werden.

Es ist sicherlich gerade jetzt angebracht, an Ausführungen zu erinnern, die die „Deutsche Arbeiterzeitung“ im Jahre 1904 gemacht hat. Wir lesen dort:

„Einer schrecklichen Zukunft gehen wir entgegen, wenn nicht bald andere Wege eingeschlagen werden, und es dem Arbeiter klargemacht wird, daß er als Knecht geboren und als solcher sein Leben zu verbringen hat. Das, was sich der Arbeiter einbildet, als seinen rechtmäßigen Arbeitsverdienst zu betrachten, ist nichts als eine Gabe, für die er sich dankbar zu erweisen hat.“

Man glaube nicht, daß die Gesinnung der Unternehmer heute anders ist. Man mag es nur nicht, so dreißt in aller Deutlichkeit sie zum Ausdruck zu bringen. Im kleinen Kreise aber, wenn man unter sich ist, spricht man ungeschminkt in dieser Tonart. Bei Tarifverhandlungen gibt man den Arbeitervertretern oft zu verstehen, daß man noch genau so denkt. Dies müssen sich die Arbeiter immer vor Augen halten. Und nie war es notwendiger als jetzt, fest zusammenzuhalten und eine geschlossene Front dem vereinten Ansturm der Unternehmer entgegenzustellen. Die Not darf die Arbeiter nicht trennen, sondern muß sie zusammenführen. Einer für alle, alle für einen! Das muß das letzte Lösungswort sein.

# Wer gilt als arbeitsunfähig?

Jeder Arbeitnehmer weiß, daß er von seiner Krankenkasse dann Krankengeld erhalten muß, wenn er arbeitsunfähig ist. Vielen ist jedoch unbekannt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, wenn Arbeitsunfähigkeit angenommen werden kann. Die Frage ist die, was unter dem Begriff der Arbeitsunfähigkeit zu verstehen ist. Wichtig ist, daß unter Erwerbsunfähigkeit etwas anderes zu verstehen ist, wie unter Arbeitsunfähigkeit. Der Begriff der Arbeitsunfähigkeit ist nach dem Willen des Gesetzgebers und nach der Rechtsprechung viel weitgehender und für die Betroffenen in einem günstigeren Sinne auszulegen, wie der der Erwerbsunfähigkeit. Erwähnt sei noch, daß man den Begriff der Erwerbsunfähigkeit in der Unfallversicherung kennt. Unter Erwerbsunfähigkeit versteht man die Unmöglichkeit eines Arbeitnehmers irgendeiner Lohnarbeit, ganz gleich welcher Art, nachzugehen. Arbeitsunfähigkeit im Sinne der Krankenversicherung besteht dann, wenn der Kranke seine Berufsarbeit nicht oder nur unter der Gefahr der Verschlimmerung seiner Krankheit verrichten kann. Es kommt also in der Krankenversicherung darauf an, daß der Kranke seine Berufsarbeit nicht mehr ausführen kann. Ob er trotz der Krankheit noch fähig ist, eine andere Arbeit anzunehmen, darauf kommt es nicht an. Der Unterschied zwischen Erwerbsunfähigkeit und Arbeitsunfähigkeit besteht also darin, daß der Arbeitsunfähige immer noch erwerbsfähig sein kann. Der Erwerbsunfähige ist jedoch stets auch arbeitsunfähig. Der Begriff der Arbeitsunfähigkeit sei des besseren Verständnisses halber noch an einigen Beispielen erläutert. Ein Buchdrucker ist beispielsweise dann als arbeitsunfähig anzusehen, wenn er ein Augenleiden hat und infolgedessen seinem Beruf nicht nachgehen kann. Keine Bedeutung spielt es dabei, wenn er trotz seines Leidens in der Lage ist, einer anderen Arbeit nachzugehen. Er ist jedenfalls unfähig, seinen Beruf auszuüben und daher arbeitsunfähig. Ein Steinmetz, der an Staublunge leidet, kann infolge derselben arbeitsunfähig sein, da er seiner Steinmetztätigkeit nicht mehr nachgehen kann oder diese nur unter der Befürchtung ausüben würde, daß sich sein Leiden verschlimmert. Für die Krankengeldgewährung spielt es dabei keine Rolle, daß er in der Lage ist, eine andere Arbeit zu verrichten.

# Zur Rechtswirksamkeit der Ausgleichsquittung

In Arbeitverträgen ist es allgemein üblich geworden, bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses vom dem Arbeiter über den Empfang der Arbeitspapiere, des restlichen Lohnes und eventueller anderer vereinbarter Bezüge eine Quittung zu verlangen. Diese Quittungen sind vielfach eine vom Arbeitgeber gewöhnlich selbst entworfene Erklärung eingefügt, in der der Arbeiter erklärt, keine weiteren Forderungen mehr aus dem beendeten Arbeitsverhältnis gegen den Arbeitgeber zu besitzen. Eine derartige vom Arbeiter unterzeichnete Quittung nennt man heute allgemein Ausgleichsquittung. Durch die Unterzeichnung dieser Ausgleichsquittung, in der der Arbeiter zugleich einen Verzicht auf weitere Forderungen ausspricht, kommt rechtlich nach § 397 BGB. ein stillschweigender Erlaßvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zustande.

Derartige Erlaßverträge sind, soweit sie während der Dauer des Arbeitsverhältnisses abgeschlossen werden, um fällige tarifliche Ansprüche des Arbeiters zu reduzieren, auf Grund der im Tarifrecht gewährleisteten Unabdingbarkeit unwirksam. Strittig ist jedoch die Rechtswirksamkeit der Ausgleichsquittung, die vom Arbeiter nach Erlöschen des Arbeitsverhältnisses unterzeichnet wird, und, da es häufig vorkommt, daß der Arbeiter nach der Unterzeichnung der Quittung weitere Forderungen (zum Beispiel bei fristloser Entlassung auf Lohn oder sonst auf Urlaubsentgelt, bei Tariflohn-differenz oder durch Einspruch gegen die Entlassung beim Arbeiterrat usw.) gegen den Arbeitgeber geltend macht, erscheint eine eingehende Betrachtung notwendig. Strittig ist vor allem die Grundlage, von der aus die Arbeitsgerichtsbehörden zu der Ausgleichsquittung Stellung zu nehmen haben. Abgesehen von der tariflichen Regelung handelt es sich in allen Fällen, in denen vom Arbeiter bei seiner Entlassung eine Ausgleichsquittung ausgestellt wird, um den endgültigen Abschluß der individuellen Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Ein derartiger Abschluß liegt fast ausschließlich im Interesse des Arbeitgebers, der als Schuldner des Arbeiters bemüht ist, von diesem die rechtswirksame Erklärung zu erhalten, daß er keine weiteren Ansprüche mehr aus dem beendeten Arbeitsverhältnis habe, während er sich selbst den Anspruch auf alle Rechte gegenüber dem Arbeiter vorbehält.

Welche Rechtsmittel sind nun dem Arbeitnehmer gegeben, um die Wirksamkeit der Ausgleichsquittung zu beseitigen und weitere Ansprüche geltend machen zu können? Die durch eine derartige Quittung abgegebene Willenserklärung kann nur wegen Irrtums, arglistiger Täuschung oder Drohung nach §§ 119 und 123 BGB. angefochten werden, oder sie ist nichtig, wenn die Voraussetzungen des § 138 Abs. 2 BGB. gegeben sind. Behauptet nun der Arbeiter, die Urkunde überhaupt nicht gelesen zu haben, so entfällt die Möglichkeit der Anfechtung wegen Irrtums nach § 119 BGB.; denn ein Irrtum über den Inhalt der Erklärung ist ausgeschlossen, wenn die Unterzeichnung im Bewußtsein der Unkenntnis des Inhaltes erfolgte (Entscheidung des RG. 347/29 in „Arbeitsrechts-Praxis“ 1930, Heft 5, S. 167). Hat der Arbeiter die Erklärung nicht gelesen in der Annahme, daß es sich nur um diese Bescheinigung empfangener Arbeitspapiere usw. handelt, oder hat er zum Beispiel die Worte „keine Ansprüche mehr“ nur auf etwaige Lohnansprüche bezogen und an die Aufgabe ihm zustehender Urlaubsansprüche oder Ansprüche aus fristloser Kündigung nicht gedacht, so ist nach § 119 BGB. ein Anfechtungsgrund gegeben. Jedoch die Schwierigkeit der Beweislast, die dem Arbeiter zufällt, wird diesen nur allzuoft um seine berechtigten Ansprüche bringen.

Wie nun, wenn der Arbeiter behauptet, durch arglistige Täuschung zur Unterschrift gezwungen worden zu sein? Entgegengetreten werden muß der Ansicht, daß eine arglistige Täuschung nicht angenommen werden kann, wenn der Arbeitgeber dem Arbeiter den Wortlaut der Quittung zur Unterschrift vorlegt, ohne ihn mündlich nochmals besonders darauf hinzuweisen, daß er durch die Unterschrift auf die Geltendmachung weiterer Ansprüche verzichtet und gleichzeitig mit dem Arbeitgeber einen Erlaßvertrag abschließt. Es ist vielmehr anzunehmen, daß der Arbeiter bei der Unterzeichnung der Ausgleichsquittung, in der er zugleich den Empfang des restlichen Lohnes, der Arbeitspapiere usw. bescheinigt, nicht sofort daran denkt, einen Verzicht auf weitere Ansprüche auszusprechen. Seine Auffassung, einen solchen Verzicht nicht zu bekräftigen, wird sogar bekräftigt, wenn, wie es häufig der Fall ist, die Quittung die Ueberschrift „Empfangsbescheinigung“ trägt. Für den Arbeiter weicht eben eine Quittung, in der zugleich ein Erlaßvertrag abgeschlossen wird, von der Regel des täglichen Lebens ab. Gerade in dieser Richtung scheint sich eine Rechtsauffassung über die Ausgleichsquittung zu entwickeln, die verlangt, daß im Verkehr zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Hinblick auf den einfachen Bildungsgrad des letzteren ein eindeutiger Hinweis auf den Erlaßvertrag notwendig ist. Der Arbeitgeber muß also nach Treu und Glauben und mit Rücksicht auf die Verkehrssitte verpflichtet sein, den Arbeiter vor der Leistung der Unterschrift auf die Bedeutung der Quittung, nämlich, daß sie einen Erlaßvertrag enthält, aufmerksam zu machen. Kommt der Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht nach, so steht im Streitfall seiner Berufung auf die Unterschrift der Ausgleichsquittung wohl die Einrede der arglistigen Täuschung nach § 123 BGB. entgegen.

Ferner ist zu prüfen, ob der Einwand der Ausbeutung der Notlage oder der Unerfahrenheit gemäß § 138 Abs. 2 BGB. durchgreifen kann. Für die tatsächlichen Voraussetzungen muß der Kläger den Beweis erbringen, daß er sich bei der Unterzeichnung in einer entsprechenden Notlage befunden hat und daß diese von dem beklagten Arbeitgeber ausgenutzt worden ist, um die Unterschrift rechtswidrig zu erlangen. Die Auffassung, daß von einer dringenden Notlage, wie sie im § 138 Abs. 2 BGB. erforderlich ist, bei einem Arbeiter nicht gesprochen werden kann, der eine derartige Ausgleichsquittung unterschreibt, ist zu widerlegen. Sieht man von formaljuristischen Erwägungen ab, und betrachtet man die tatsächlichen Verhältnisse nach soziologischen Gesichtspunkten, so wird man durchaus feststellen können, daß ein Arbeiter bei fristloser Entlassung in eine Notlage geraten kann, die ihn augenblicklich zur Unterschrift zwingt, um die ihm gebotene Summe für sich und seine Familie überhaupt erst einmal verwenden zu können. Doch wird die Entscheidung dieser tatsächlichen Fragen von den einzelnen Fällen abhängen.

Setzt man voraus, daß dem Arbeiter vor der Unterzeichnung tatsächlich weitere Ansprüche zustanden, und ist man der Ueberzeugung, daß er bei fristloser Entlassung oder unbefristeter Kündigung gewöhnlich nicht genügend Zeit und die Möglichkeit zur eingehenden Prüfung seiner Ansprüche aus den immer komplizierter werdenden Gesetzes- und Tarifvertragsbestimmungen hat, daß sich vor allem seine Rechte nach Ausstellung der Ausgleichsquittung aus den erwähnten Gesetzesbestimmungen nur ungenügend herleiten lassen, so kommt man zu dem Erkenntnis, daß die Ausgleichsquittung für den Arbeitgeber zu einem Mittel wird, seine wirtschaftliche und soziale Ueberlegenheit auch noch auf Kosten des Arbeiters bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses in ungerechter Weise auszunutzen und zu verstärken. Verständlich ist es durchaus, daß der Arbeitgeber durch endgültige Klärung der Rechtsbeziehungen seinem Friedensbedürfnis Rechnung tragen möchte, aber das kann nicht geschehen, indem der Arbeitnehmer auf seine im Tarifvertrag gewährleisteten unabhängigen Ansprüche auf Entlohnung und Urlaub, seinen eventuellen Entlassungsschutz aus dem BzG., dem Schwebeschlichtungsgesetz, dem Kündigungsschutzgesetz für ältere Angestellte zu verzichten hat. Aus diesen Erwägungen heraus vertritt Körperl in der „Arbeitsrechts-Praxis“ 1930, Heft 5, Seite 167, Annäherung zu RG. 347/29, den Standpunkt, daß ein derartiges Anfechtungsrecht des Arbeitgebers einen Verstoß gegen die guten Sitten darstellt, wodurch sich die Rechtswirksamkeit einer derartigen Ausgleichsquittung aus § 138 Abs. 1 begründet ließe. Solange aber die Arbeitsgerichtsbehörden in der Unterzeichnung der Ausgleichsquittung nach Beendigung des Dienstverhältnisses eine rechtswirksame Verzichtserklärung anerkennen, solange wird sich der Arbeiter bemühen müssen, seine berechtigten Ansprüche aus §§ 119 und 123 BGB. zu erkämpfen.

Am besten hilft auch bei dieser Rechtsfrage der Beitritt zur Organisation, da eine starke Gewerkschaft solche Nachschichten verhindern kann. Im übrigen ist in allen Gewerkschaftsversammlungen darauf hinzuweisen: Kollegen! Unterschreibt keine Ausgleichsquittungen, sondern bescheinigt nur, was ihr tatsächlich erhalten hat.

## Personenkreis der Krisenfürsorge

Inzwischen sind weitere Entscheidungen eingegangen, die wir nachstehend im Auszug wiedergeben:

Das Landesarbeitsamt Brandenburg teilt zu unserer Eingabe mit, daß die Angehörigen der Natursteinindustrie und des Baugewerbes in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern mit Wirkung vom 3. November 1930 allgemein zum Bezug der Krisenunterstützung zugelassen worden sind. In Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern ist eine Einbeziehung der fraglichen Berufsgruppen nur insoweit erfolgt, als ein Bedürfnis hierzu vorlag. Die Arbeitsämter sind angewiesen, die beteiligten Kreise über den Umfang der Krisenfürsorge im Bezirk des Arbeitsamtes in geeigneter Form in Kenntnis zu setzen.

Im Bereich des Landesarbeitsamtes Pommern, in sämtlichen Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern und unter 10 000 sind die Angehörigen der Natursteinindustrie restlos zur Krisenunterstützung zugelassen.

Die Angehörigen des Steinseggewerbes sind zugelassen für folgende Kreise, Meldestellenbezirke und Gemeinden mit bis zu 10 000 Einwohnern:

- Im Bezirk des Arbeitsamtes Stolp:
  - für den ganzen Landkreis Lauenburg,
  - für den ganzen Landkreis Bülow
  - im Landkreis Rummelsburg für die Stadt Rummelsburg und Gemeinden Hammerrühle und Varzin,
  - im Landkreis Stolp für die Gemeinden Kubitz, Rißow, Rathsdammig und Stolpnühle;
- Im Bezirk des Arbeitsamtes Köslin:
  - im Landkreis Schlawe für die Städte Schlawe, Pöllnow und Rügenwalde und die Gemeinde Rügenwaldermünde,
  - im Landkreis Köslin für die Gemeinden Roggow und Gollendorf,
  - im Landkreis Pubitz für die Stadt Pubitz;
- Im Bezirk des Arbeitsamtes Neustettin:
  - im Landkreis Neustettin für die Städte Bärwalde, Ragsbüh und Tempelburg,
  - im Landkreis Dramburg für die Städte Dramburg, Falkenburg, Kallie und die Gemeinde Riech;
- Im Bezirk des Arbeitsamtes Kolberg:
  - im Landkreis Kolberg-Körlin für die Stadt Körlin und die Gemeinden Degow, Gr. Jettin, Hentzenhagen, Stolzenberg,
  - im Landkreis Belgard für die Stadt Polzin und die Gemeinde Gr. Tschow,
  - im Landkreis Schivelbein für die Stadt Schivelbein;
- Im Bezirk des Arbeitsamtes Naugard:
  - im Landkreis Regenwalde für die Städte Labes, Plathe, Regenwalde und Wangerin,
  - im Landkreis Greifenberg für die Städte Greifenberg und Treptow/Rega,
  - im Landkreis Naugard für die Städte Daber, Rastow, Naugard und für sämtliche Gemeinden der Meldestellenbezirke:
    - Augustwalde,
    - Gr.-Christinenberg,
    - Hadenwalde,
    - Pützbin;
- Im Bezirk des Arbeitsamtes Stargard:
  - im Landkreis Saatzig für die Städte Freienwalde, Jakobshagen und Mörenberg,
  - im Landkreis Prütz für die Stadt Prütz;
- Im Bezirk des Arbeitsamtes Stettin: für sämtliche Gemeinden des gesamten Bezirks des Arbeitsamtes Stettin;
- Im Bezirk des Arbeitsamtes Swinemünde:
  - im Landkreis Cammin für die Städte Cammin und Giltzow und die Gemeinden Groß- und Klein-Stepenitz und Pribbernow,
  - für den ganzen Landkreis Usedom-Wollin;
- Im Bezirk des Arbeitsamtes Neubrandenburg: für die Städte Feldberg, Friedland, Fürstenberg, Mitrow, Stargard, Strelitz-Mt., Wesenberg und Woldegg;
- Im Bezirk des Arbeitsamtes Greifswald:
  - für den ganzen Landkreis Greifswald,
  - im Landkreis Anklam für die Gemeinden Ducherow und Lübs;
- Im Bezirk des Arbeitsamtes Stralsund:
  - im Landkreis Demmin für die Städte Jarmen und Treptow a. d. Tollense,
  - im Landkreis Grimmen für die Städte Grimmen, Loth und Tribsees,
  - für den ganzen Landkreis Franzensburg/Varth,
  - für den ganzen Landkreis Rügen.

stimmte Richtschnur des Handelns darstellten. Alle Bemühungen der Organisation, diese örtlichen Vereinbarungen unter allen Umständen zu verhindern, fanden bei den betreffenden Arbeitnehmern leider kein Verständnis. Die nächste Folge bestand hier zunächst darin, daß in den bisher noch tarifreuen Betrieben durch Anschlag bekanntgegeben wurde, daß für alle die Arbeitnehmer, die nicht bereit sind, bis zu 18 Prozent unter den tariflichen Lohnsätzen zu arbeiten, ab 17. November das Arbeitsverhältnis gelöst ist. Die weitere Folge dieses Anschlages war, daß die in den tarifreuen Betrieben noch beschäftigten Arbeitnehmer ab 17. November die Arbeitsaufnahme zu den Bedingungen des Anschlages verweigerten, während die Mehrheit der Arbeitnehmer in den gleichen Betrieben wegen Mangel an Aufträgen bereits schon längere Zeit erwerbslos war. Daß unter diesen Umständen nicht nur die Verhandlungen vor dem Landeslichter sehr erschwert waren, sondern daß sich diese äußerst unglücklichen Umstände auch auf den Schiedsspruch auswirkten mußten, darüber konnte von vornherein nicht der geringste Zweifel bestehen. Der Schiedsspruch sieht einen Abbau der Stundenlöhne von 3 Pfg. für die gelern-ten und von 2 Pfg. für die ungelern-ten Arbeiter vor. Die bisherigen Akkordsätze wurden durch den Schiedsspruch um 10 Prozent reduziert. Dieser Schiedsspruch wurde durch die Schlichterkammer einstimmig gefällt. Diese Einstimmigkeit in der Schlichterkammer hatten die Parteien zur Voraussetzung gemacht, um die Rechtsverbindlichkeit des Schiedsspruches anzuerkennen. Welche Beweggründe für die Arbeitnehmerbeiführer in der Schlichterkammer maßgebend waren, diesem Schiedsspruch in seiner Tragweite zuzustimmen, das soll an dieser Stelle nicht näher geprüft werden. Wichtig für alle beteiligten

## Mit den neuen Verbands-Mitgliedsbüchern ab 1. Januar 1931 ist auch ein Markenwechsel verbunden. Etwaige Beitragsrückstände müßten im eigenen Interesse der Verbandsmitglieder bis zum Jahreschluß ausgeglichen werden.

Arbeitnehmer ist aber die Begründung, die von der Schlichterkammer zu diesem Schiedsspruch gegeben wurde. In dieser Begründung heißt es unter anderem wörtlich:

Hauptsächlich aber soll die im Schiedsspruch festgesetzte Lohnregelung die Differenzen zwischen den von den Verbands- und tarifreuen Firmen gegenüber den nicht zum Arbeitgeberverband gehörigen Werken der bayrischen Granitindustrie bezahlten Akkordätzen vermindern. Für die Vertragsparteien ist es ein unmöglicher und unerträglicher Zustand, wenn die Verbandsfirmen in ihrer Konkurrenzfähigkeit dadurch völlig lahmgelegt werden, daß eine nicht unerhebliche Anzahl Außenseiter trotz bestehenden allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen mit ihren Belegschaften Akkordätze vereinbaren, die wesentlich unter der tariflichen Norm liegen.

Um ein weiteres Abgleiten der ohnehin äußerst gedrückten Preise und der an und für sich mäßigen Löhne in der Granitindustrie zu verhindern, sollte es Aufgabe der Vertragsparteien, insbesondere der am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerverbände sein, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wieder eine einheitliche Lohngrundlage zu schaffen. Diesen Bestrebungen soll die im Schiedsspruch vorgezeichnete Regelung dienen.

Diese Begründung des Schiedsspruches sollte zunächst für alle die Arbeitnehmer eine heilsame Lehre sein, die auch heute eine Organisation angeblich nicht brauchen. Die heutigen Wirtschaftskämpfe erfordern die Mitarbeit aller Arbeitnehmer ohne jede Ausnahme. Mit der Faust in der Tasche allein können die schweren Wirtschaftskämpfe unmöglich mit Erfolg für die Arbeitnehmer geführt werden. Soll weiteres Unheil vermieden werden, dann muß zunächst die Front der Arbeitnehmer restlos geschlossen werden. Weiter ist notwendig, daß für alle Zukunft und in allen Zahlstellen jede örtliche Vereinbarung über einen Lohnabbau unter allen Umständen vermieden werden muß. Es kann doch bei allen denkenden Kollegen wirklich kein Zweifel darüber bestehen, daß durch diese örtlichen Vereinbarungen nicht nur die betreffenden Kollegen geschädigt sind, sondern daß durch solche Vereinbarungen auch der Organisation und auch dem Schlichter die Hände gebunden sind.

Der Lohnkampf in der Granitindustrie hat mit einer bitteren Enttäuschung seinen Abschluß gefunden. Erkennen wir die Ursachen dieser Enttäuschung und ziehen wir daraus die notwendigen Lehren, denn nur dadurch wird es möglich sein, den zukünftigen Gefahren im Interesse der Kollegen mit Erfolg zu begegnen.

Aus dem schlesischen Verbandsgebiet. Der Beschäftigungsgrad ist in allen Steinindustriesteigen gleichmäßig schlecht, obwohl die beiderseitigen Bemühungen um Abfederung in mehreren Fällen nicht ohne Erfolg blieben. Die Auswirkung dieser erzielten Ergebnisse wurde zweifellos zu einem wesentlichen Teil dadurch vermindert, daß die vorhandenen, teilweise außerordentlich großen Lagerbestände geräumt wurden, wozu eigentlich die Notstandsausträge nicht gedacht waren. Rückblick auf die Arbeitslosen fordern die Unternehmer von den Behörden nur so lange, wie Aufträge hereinzuholen sind. Liegen diese dann vor, wird einfach vom Lager geliefert. Die sich hieraus für uns ergebende Lehre wird künftig unser Vorgehen wesentlich beeinflussen.

Wie rigoros und egoistisch von den Unternehmern gearbeitet wird, soll kurz folgender verbürgter Vorfall beleuchten: Die Firma J. u. W. in Bunzlau erhält den durch Mitwirkung der Arbeitervertretung in letzter Stunde erzielten Auftrag, die anfallenden Werksteinarbeiten an dem Sparsassenbau Breslau zu liefern. Voraussetzung hierfür war die Verpflichtung der Firma, alle Arbeiten in Schlesien herzustellen zu lassen. Die Unkenntnis des städtischen Bauamtes über die in der Praxis übliche Unterteilung in Platten und Mastarbeit führte dazu, daß die von der Firma eingegangene Verpflichtung nur auf Plattenarbeit lautete. Die Folge davon war, daß die Firma zwei Drittel der Arbeit in einem außerschlesischen Bezirk anfertigen ließ, weil dort die Löhne wesentlich niedriger sind. Das restliche Drittel wurde nur auf Grund unseres Protestes in Schlesien angefertigt. Der aus dieser Täuschung des Bauamtes in Zukunft zu erwartende Schaden wird leider nicht nur die Firma, sondern auch die Arbeiter treffen.

Daß die Arbeitgeber fast restlos behaupten, die Arbeitsbeschaffung nur den Arbeitern zuliebe zu betreiben, wird wohl nicht nur in Schlesien zureifen, in Wirklichkeit finden sie jetzt genau wie früher Mittel und Wege, trotz aller mitunter geradezu schätzbaren Unterbietungen ihre Gewinnspannen ungeschmälert zu lassen. Direkte und indirekte Verdienstminderung für alle Arbeiter wird in allen Betrieben versucht und — erprobt. Verfügte Felsenzulagen, höhere Anforderungen an die Qualität, Einführung neuer Sorten, um unter Ausnutzung der Notlage der Arbeiter verschlechterte Akkorde diktieren zu können. Beschränkung der Produktion auf schlechte Sorten, aus denen man bessere aussortieren

läßt, schlechte und mitunter falsche Berechnung der Akkordmehreinheiten, ja sogar Einführung der Zeitlohnarbeit, um sich von der Bezahlung des Akkordmehrerdiens zu drücken, Einstellung der guten Gesteinslagen, Nichtbeachtung der tariflich vereinbarten Lohngarantie, all das sind die Mittel, um die Ungunst der Verhältnisse sich fast ausschließlich auf den Schultern der Arbeiterschaft ausstoben zu lassen.

Eine Firma ging hierbei sogar so weit, daß sie nach Fertigstellung eines Auftrages den Arbeiter teilweise 2—10 Pfg. pro Stunde auf 5 Wochen rückwirkend in Abzug brachte, weil der Auftrag angeblich höchst ungünstig hereingenommen wurde, so daß die Firma direkt zahlen mußte. Nebenbei erwähnt, wird diese Sache in diesen Tagen das Arbeitsgericht beschäftigen. Am schlimmsten und jedem sozialen Empfinden höhnisch wird von den Vereinigten Schlesischen Granitwerken Breslau im Betrieb Ströbel und der Firma Fr. Delsner in Ströbel vorgegangen. Die dort zutage tretende Brutalität kennt keine Grenzen. Man schämt sich, die Ergebnisse zu Papier zu bringen. Die aus solcher Unternehmerrückstufung notwendig aufsteigende Saat wird eines Tages Formen annehmen, wie sie von keiner Seite erwünscht sein können. Interessant und lehrreich würde es sein, das Trommelfeuer von schriftlichen und mündlichen Beschwerden zu kennen, wenn in besseren Zeiten die Arbeiterschaft unter Mißachtung tariflicher und sonstiger Bestimmungen die Konjunktur auszuwerten versuchen würde. Tarifbruch, Erpreßung, Ruin der Industrie usw., das wären sicherlich noch die gelindesten Vorhaltungen, die uns gemacht würden. Zu alledem getraut sich der Rücksichtslose in Schlesien, Herr Max Schall, noch anzukündigen, daß sich die Arbeiter in kurzer Zeit noch auf vieles gefaßt machen müssen. Soll wohl heißen, daß man den Arbeiterfamilien noch den letzten Bissen Brot vom Tisch reißen will. Näheres wird an geeigneter Stelle bei gegebener Zeit gesagt werden, vorläufig verweisen wir nur darauf, daß solche Androhungen mitunter auf den Drohenden sich auswirken belieben. Der Bogen ist schon jetzt überbent, man hüte sich, die Steinarbeiter als Kulis einzuschätzen. Daß nicht alle Unternehmer dieser brutalen Ausbeutungsabsicht huldigen, sei zugegeben. Gern verzeihen wir die uns unaufgefordert mündlich gegebene Zusicherung eines nicht unmaßgeblichen schlesischen Unternehmers, daß er das Heil der Industrie nicht in der Verkürzung der Arbeiterdienste sehe, die doch nur zu noch erbärmlicheren Kampfmetzen in der Unternehmung untereinander führen würde, als sie heute von an der Tagesordnung seien. Ob wir darauf rechnen können, daß dieser einseitigere, menschenwürdig denkende Teil der Unternehmung, wie zugesichert, mit uns durch die und dünn gehen wird, muß die nächste Zukunft zeigen. Bis heute haben wir keinen Anlaß, an dem gegebenen Wort zu zweifeln.

Allen Kollegen, die als Staats- oder Gemeindeglieder die Arbeiter zu vertreten haben, sind die Scharfmacher zur Genüge auf mündlichem Wege bekannt geworden, deren besondere Berücksichtigung bei Auftragsvergaben entsprechend empfohlen wird, sofern das Scharfmacherelement die Oberhand gewinnen sollte. Diese Tätigkeit muß schon jetzt als Vorarbeit für kommende Aufgaben einsehen und durch Aufnahme von Verbindungen mit allen hierfür in Betracht kommenden Stellen zur größtmöglichen Wirksamkeit für den Fall eintretender Notwendigkeit gebracht werden. Bei den derzeitigen Verhältnissen ist tatsächlich nur noch wenig zu verlieren, so daß unser Vorgehen an Rücksichtslosigkeit ebenso grenzenlos sein muß, als es andererseits zu erwarten steht.

Die Annahme der Unternehmung, daß unsere Schlagkraft gelähmt sei, weil wesentliche Teile der Kollegenchaft mut- und interesselos sind, trifft auf Schlesiens Steinarbeiterchaft nicht zu. Trotzdem haben aber auch wir keine Gelegenheit und keine Stunde zu veräumen, die weniger abseits stehenden Kollegen von den Plätzen der Scharfmacher zu unterrichten, um sie als Mitkämpfer in unsere Reihe zu bringen. Nicht zuletzt müssen die Riesmacher ermuntert und aufgerichtet werden und das geschieht am wirkungsvollsten dadurch, daß aller kleinliche oder persönliche Hader in den Versammlungen aufhört, jede gegen den Verband oder dessen Einrichtungen und Vertreter gerichtete Heße von links und rechts unterbunden wird, wobei selbstverständlich sachliche aufbauende Kritik jederzeit erwünscht bleiben muß. Mehr denn je gilt es, unser Augenmerk dem natürlichen Gegner zuzuwenden und all unsere Kräfte auf diesen einheitlich zu konzentrieren. Jede diesem Ziel entgegenwirkende Handlung einzelner oder mehrerer Kollegen bedeutet die Schwächung unserer und die Stärkung der Unternehmerrückstufung. Kein Kollege kann dies wollen, deshalb Vertrauen gegen Vertrauen. Kampf dem Scharfmachertum und der Uneinigkeit!

Strehlen. Tod durch Ueberfall! Am 15. November wurde der Kollege Fritz Immig, als er aus der Haustür eines Gasthauses trat, niedergebissen. Die Verletzung war derartig, daß Immig einen Schädelbruch davontrug. An dieser schweren Verletzung ist Kollege Immig am 21. November verstorben. Immig war einer der eifrigsten Funktionäre in unserem Verbands. Bei der jetzigen Arbeitslosigkeit war es Immig, der den arbeitslosen Kollegen den Zusammenhalt in unserem Verbands predigte. Diese eifrige Arbeit für den Verband löste bei den Besserwissern großen Verger aus; es kann deshalb gesagt werden, daß Immig ein Opfer dieses elenden Bruderkampfes geworden ist. Frau und vier unverjorgte Kinder trauern um ihren Ernährer.

## Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

1. Gau: In Greifenhagen ist die Baustelle des Straßenbau-Unternehmers August Wendtland wegen Nichtzahlung des Lohnes gesperrt.

7. Gau: Im Münchner Steinseggewerbe bestehen sehr ernste Lohnunterschiede, die jeden fremden Kollegen von München fernhalten.

Aus dem Fichtelgebirge. Die Unternehmerrückstufungen in den Lohnverhältnissen fanden durch einen Schiedsspruch ihren vorläufigen Abschluß; siehe darüber Artikel in der vorliegenden „Steinarbeiter-Ausgabe.“ In Niederlamig bei der Firma Andreas Reul A.-G. bestehen, wegen Nichtanerkennung des Betriebsrats, die Differenzen weiter. Die Belegschaft hat deshalb die Arbeit nicht aufgenommen. Zugang muß natürlich unterbleiben.

Die Lohnunterschiede in Metten-Edenkotten (Bayr. Wald) bestehen weiter: Nach dort hat jeder Zugang zu unterbleiben.

Im Auslande darf die gewerkschaftliche Organisation und die Mitarbeit in ihr nicht vernachlässigt werden. Wer es unterläßt, sich im Auslande bei der betreffenden Organisation anzumelden, verliert selbstverständlich seine Rechte bei evtl. Rückkehr im heimatischen Verband. Nachzahlungen von Beiträgen in der Heimat, die im Auslande hätten geleistet werden müssen, sind unzulässig.

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

## Zum Abschluß des Lohnkampfes in der Fichtelgebirgs-Granitindustrie

Der Lohnkampf in der Granitindustrie hat durch einen für die Parteien rechtsverbindlichen Schiedsspruch seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Dieser Schiedsspruch ist für die Arbeitnehmer lohnpolitisch von so tief einschneidender Bedeutung, daß zur Vermeidung falscher Schlussfolgerungen auch an dieser Stelle einige Worte über Ursachen dieses Schiedsspruches erforderlich sind.

Das bisher bestehende, ebenfalls durch Schiedsspruch vom 29. Mai 1929 festgelegte Lohnabkommen konnte erstmalig zum 1. November 1930 gekündigt werden. Die Kündigung zu diesem Termin ist durch den Verband bayrischer Granitwerke auch prompt erfolgt. Zur Führung von Lohnbewegungen in der Steinindustrie ist der Monat November der denkbar ungünstigste Zeitpunkt. Die mit der Steinindustrie eng verbundene Bautätigkeit hat um diese Jahreszeit bereits ihren Abschluß gefunden. Soweit die Denkmalsarbeiten in Frage kommen, machen sich auch hier die Bestellungen erst mit Beginn des Frühjahres bemerkbar. Diese natürlichen Konjunkturercheinungen wurden noch ganz erheblich verschärft, weil die gegenwärtige Wirtschaftskrise auch in der Granitindustrie eine Arbeitslosigkeit erzeugte, wie sie bisher in dieser Industrie noch niemals in Erscheinung getreten ist. Mehrere Betriebe lagen vollständig still; in anderen standen nur bis zu 25 Prozent der normalen Belegschaftsstärke in Arbeit, und nur in ganz wenigen Betrieben wurde voll gearbeitet. Von den Arbeitgebern wurde diese äußerst ungünstige Geschäftslage zur Herbeiführung eines Lohnabbaues rücksichtslos ausgenutzt. Bis zum Beginn der zentralen Verhandlungen war es den Unternehmern in mehreren Betrieben bereits gelungen, mit den Arbeitnehmern örtliche Vereinbarungen zu treffen, und zwar Vereinbarungen, durch welche die bisher bestehenden Lohnsätze bis zu 18 Prozent und noch darüber abgebaut wurden.

Die heute so notwendige, vollständig geschlossene Abwehrfront der Arbeitnehmer war durch diese örtlichen Vereinbarungen leider durchbrochen, und die Unternehmer hatten dadurch ein leichtes Spiel. Für den Kenner der Verhältnisse stand ohne weiteres fest, daß diese örtlichen Vereinbarungen mit einem Lohnabbau von so ungeheuren Ausmaß für die zentralen Verhandlungen nicht ohne Einfluß sein können, daß diese örtlichen Vereinbarungen vielmehr für die Unternehmer und auch für die Schlichtungskammer eine be-

# Rundschau

Die Lebensversicherung gewinnt ständig an Ausdehnung. Mitte des Jahres hatten sämtliche deutschen Lebensversicherungsgesellschaften einen Bestand von 12,65 Millionen Versicherungen mit ungefähre 16,7 Milliarden Reichsmark Versicherungssumme. Unser eigenes Versicherungsunternehmen, die Volksfürsorge Genossenschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Gesellschaft, hat erheblichen Anteil an diesem Gesamtergebnis. Allein 2,1 Millionen Versicherungen mit 870 Millionen Reichsmark Versicherungssumme zählt ihr Bestand. Wenn berücksichtigt wird, daß 83 private und öffentliche Lebensversicherungsanstalten in gegenseitiger Konkurrenz in allen Bevölkerungsschichten von Versicherungsabnehmern bemüht sind, wozu sich noch die Abonnementversicherungsunternehmen und privaten Sterbefällen gesellen, die der Aufsichtspflicht nicht unterstehen, verdienen die Ergebnisse der Volksfürsorge eine besonders hochwertige Einschätzung. Viele freie Gewerkschafter und Mitglieder der Genossenschaften haben als Vertrauensleute durch tätige Mitarbeit der Volksfürsorge zu diesem Aufstieg verholfen. Diese Opferwilligkeit verdient Beachtung in allen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung, die daraus den Schluß ziehen sollte, Lebensversicherungen nur bei der Volksfürsorge abzuschließen.

**„Partei und Gewerkschaft.“** In den „Nationalsozialistischen Briefen“ (Heft 10, 4. Jahrgang) schreibt der Führer der jüdisch-deutschen Nationalsozialisten, Dr. Krebs, einen Aufsatz zu obigem Thema. Hierbei kommt er u. a. zu folgenden klaffenden Schlüsfolgerungen:

„Unsere Aufgabe ist der Bau des Dritten Reiches. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß diese Aufgabe vor allem eine staatliche ist. Wenn es uns nicht gelingt, in absehbarer Zeit wieder einen wahren deutschen Staat zu schaffen, dann sind alle völkischen Erneuerungsbestrebungen sinnlos. Ist diese Erkenntnis richtig, dann sind auch alle Kräfte für die Lösung dieser Aufgabe einzulegen. Jeder Mann und jeder Pfennig gehören in die staatliche Angriffslinie. Wir haben keine sozialen Reformen durchzuführen, weder Häuser zu bauen noch Volksspeisungen einzurichten. Unser soziales Examen haben wir nach der Machtergreifung abzulegen. Heute müssen wir uns nur Gedanken darüber machen, was wir tun wollen.“

Natürlich braucht auch die staatliche Kampftruppe eine Etappe, die für Nachschub von materiellen und geistigen Reserven sorgt. Mit unzähligen Arbeitslosen kann man auf die Dauer nicht kämpfen; mit Menschen, die kulturell jüdischem Geist verfallen sind, lassen sich auch keine politischen Siege errichten. Aber alles dieses darf eben nur Mittel zum Zweck, nicht aber Selbstzweck sein. Damit aber ist unsere Stellung zu den Gewerkschaften klar gekennzeichnet.

Wie kann man mit einer Gewerkschaft einen revolutionären Kampf um die Staatsmacht führen... Die Partei sieht Zukunft, die Gewerkschaft Alltagsgegenwart.

Heute ist jede Verflechtung, jede Belastung durch eigene Gründungen zu vermeiden... Soweit wir zur Führung unseres staatspolitischen Kampfes gewerkschaftlicher Etappenunterstützung bedürfen, müssen wir versuchen, mit den christlich-nationalen Gewerkschaften und dem DGB zu einem modus vivendi zu kommen. Das Wie mag ein andermal erörtert werden...

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

### Versammlungen.

**Berlin:** Für Bezirk Charlottenburg am 6. Dezember, 19 Uhr, bei Köhlig, Schloßstr. 45.  
Für Bezirk Spandau am 6. Dezember, um 18 Uhr, bei Höpfner, Pichelsdorfer Str. 5.  
**In Augsburg** am 6. Dezember, um 17 Uhr, im Gasthaus zum guten Hirten, Steinarbeiter und Steinseher. Gauleiter anwesend.  
**Bezirk Ostpreußen** am 7. Dezember in Königsberg, Pr., um 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Vorder Roggarden, Bezirksversammlung des gesamten Bezirks, einschließlich Freistaat Danzig. Die Delegationskosten tragen die Zahlstellen.  
**In München** am 13. Dezember, um 19 Uhr, im Nebenzimmer des Gewerkschaftshauses.

**Steinseherfachgruppe, Gau III.** Am 14. Dezember, um 10 Uhr, in Leipzig, Volkshaus, Zimmer 9, Landeskonferenz.

**Deutlicher Reisezuschuß wird nicht mehr gezahlt in Guben, Banzenuth, Nürnberg II.**

**Kolberg.** Die beiden Steinseher Scheibner und Smadn haben sich wegen Nichterfüllung der statistischen Beitragspflicht, selbst außerhalb des Verbandes gestellt.

**Zahlstelle Oberhausen-Mülheim-Ruhr.** Die Auszahlung des Wohlfahrtsgeldes erfolgt am 13. Dezember, ab 16 Uhr, im Restaurant „Zur Stadtschenke“ in Oberhausen, Moltkestraße. Im Anschluß an die Auszahlung, findet die Jahreshauptversammlung statt.

**Oberschlesien, Tarifbezirk im Steinsehergewerbe.** Durch wiederholte Konferenzbeschlüsse sind die Wohlfahrtsbücher auch für das Jahr 1930 in der ersten Lohnwoche des Dezembers von den Arbeitgebern ordnungsgemäß abzuschließen und bei der darauf folgenden Lohnzahlung dem Arbeitnehmer auszubehändigen, beziehungsweise abzugeben. Jeder Kollege hat darauf zu achten, daß die geleisteten Arbeitsstunden eingetragen und entsprechende Marken geliefert sind. — Bis 15. Dezember sind die Bücher an den Zahlstellenvorständen abzuliefern, die diese nach Durchprüfung bis 21. Dezember der Kassenstelle zugelandt haben müssen. Solche Mitglieder, die keiner Zahlstelle angehören, also Einzelzahler sind, haben ihre Wohlfahrtsbücher ebenfalls bis spätestens 21. Dezember an die Kassenstelle unter Beifügung ihres Verbandsbuches einzuliefern. Wohlfahrtsbücher, die bis zum 22. Dezember nicht abgeliefert sind, finden keine Berücksichtigung. Ohne ordnungsmäßig gefüllte Verbandsbücher erfolgt keine Auszahlung der Wohlfahrtsgelder. Der Termin der Auszahlung wird in der nächstfolgenden Bezirkskonferenz festgesetzt und evtl. noch an dieser Stelle bekanntgegeben. Der Obmann der Wohlfahrtskommission, J. A.: H. Graf,

**Marionwerder.** Der Steinseher Friedrich Wenzel geb. 4. 4. 88, Buch Nr. 86 321 schuldet unserer Lokalfasse 17,50 Mark, die er bei seiner Abreise nicht begleichen hat. Andere Zahlstellen wollen dazu beitragen, daß die Regelung erfolgt und dem Kollegen solange jede Verbandsunterstützung verweigern.

**Verlorene Mitgliedsausweise:** In Liegnitz das Verbandsbuch Nr. 9379 für Gustav Schubert, Steinseher. In Niederlinda Nr. 72 582 für Erich Köster, Maschinenschreiber. In Sproitz Nr. 66 776 für Wilhelm Joachim, Hilfsarbeiter. In Magdeburg Nr. 26 856 für Albert Hünerbein, Steinseher. In Hemsbach Nr. 41 495 für Werner Wilhelm, Granitschleifer. In Hannover II Nr. 90 345 für Ernst Hatzler, Rammer. In Wernigerode die Interimskarte für Heinrich Santilian, Steinseher. In Harburg die Interimskarte für Wilhelm Schüler, Steinseher. In Zühnde die Interimskarte für Hermann Rogeter, Hilfsarbeiter und die Interimskarte für Alfred Rogeter, Hilfsarbeiter.

**Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen** melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung!

**Aus dem nationalsozialistischen Programm.** „Der Verstand ist die Hure des Teufels!“ antwortete Herr Dr. Goebbels einmal, als jemand die Redheit besaß, ihn nach den geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus zu befragen.

Wie ernst es den Hakenkreuzlern mit dieser These — deren Aufnahme in ihr Parteiprogramm wir nur wärmstens empfehlen können — ist, das zeigt mit geradezu erschütternder Deutlichkeit ein von der Parteioffiziellen NS-Pressekorrespondenz verbreiteter Aufsatz, der die Kunde durch den Hilterschen Blätterwald macht und sich mit dem Problem „Nationalsozialismus als Willensbildung“ zu beschäftigen versucht („Völkischer Beobachter“ Nr. 262). Eine kleine Blütenlese aus diesem Dokument sagt mehr, als der schärfste und klarste Kritiker des völkischen Unsinns je vorzubringen imstande wäre:

„Das Wesen des Nationalsozialismus liegt nicht im Programmatikischen, sondern im Willensmäßigen... Der Nationalsozialismus will nicht ein Programm verwirklichen, sondern ein Volk schaffen... Deshalb läßt er sich die Methode nicht vorschreiben und zubilligen. Ob es zweckmäßig ist, heute nach diesen und morgen nach anderen Gesichtspunkten zu arbeiten, das können und müssen die obersten Führer am besten wissen. Sache der Gefolgschaft ist es, der Führung Vertrauen und Treue entgegenzubringen... Wir würden in demselben Augenblick, wo wir uns überhaupt in eine Diskussion über die Grundfähigkeiten unserer Bewegung einlassen würden, schon verloren haben (!), nicht bloß als Partei, sondern auch als neue Weltanschauung. Denn eine charaktervolle Partei, die in jedem Fall weiß, was sie will, kann sehr wohl nach außen hin mit einem Gegner paktieren, um ihn durch das scheinbare Kompromiß zu ertöden... Deshalb gilt es, ein einmal erkanntes Ziel stur zu wollen... Der Nationalsozialismus ist Willensbildung... Unsere Aufgabe kann gegenwärtig nicht sein, die Dinge, die um unsere neue Weltanschauung liegen, eingehend zu begreifen und theoretisch zu vertreten; das alles muß und wird herauswachsen aus der nationalsozialistischen Eiche (!)... Unsere Arbeit besteht nur darin, daß wir die Idee (?) vorantreiben in unerschütterlicher Treue zum Führer, und in jähem Fanatismus den Tag vorbereiten, der kommt.“

Dr. Goebbels hat ausnahmsweise recht: Der (nationalsozialistische) Verstand ist die Hure des Teufels!

## Verbandsstreue

Im November dieses Jahres konnten die in den genannten Zahlstellen aufgeführten Kollegen auf eine 25- und mehrjährige Mitgliedschaft zurückblicken. In:

- Asterode,** Heinrich Schindewolf.
- Barby,** Albert Behrendt, Gottfried Bergmann, Franz Kluge, Franz Schmidt.
- Baunzen,** August Bersch.
- Dessau,** Karl Schöne.
- Effen,** Johann Redert, Wilhelm van Treed.
- Germerode,** Klaus Sippel, Heinrich Sennhenn.
- Gommern,** Franz Honisch, Friedrich Richter, August Sprengel, Hermann Möhring.
- Haslach,** Rudolf Müller.
- Higerode,** Eduard Künzmel, Karl Grebenstein, Wilhelm Schlöffel.
- Kamenz,** Paul Jenfer.
- Klein-Steinheim,** Lorenz Sover, Lorenz Schlett, Jakob Frühwacht.
- Langenselbold,** Johannes Hench, Hermann Treulich, Gottlieb Friedrich.
- Magdeburg,** Otto Geride, Wilhelm Stegelitz, Wilhelm Ebeling, Gustav Schröder, Fritz Mahfeld, Franz Volmer, Bernhard Hohmann, Robert Radel, Paul Schwarz, Otto Wille, Hermann Giesing, Heinrich Freitag, Walter Rehmman, Otto Brandt, Willi Braune, Albert Freitag, Wilhelm Schmieder, Bernhard Bollmann, Richard Berheime, Robert Fischer, Otto Grub, Hermann Bedau, Karl Högtrave, Richard Hecht, Julius Hoppe, Hermann Koch, Otto Meinede, Friedrich Schöb, Reinhold Säubert, August Wilhelm, Wilhelm Druwe, Karl Kampfenfel, Wilhelm Schiefler, Otto Stettin, Gustav Hubbe, Ernst Hallensleben, Richard Kunze, Gustav Rups, Otto Koble, Albert Krohne, Albrecht Laak, Gustav Mund, Otto Weidner, Andreas Ludwig.
- Meißen,** Adolf Rindrat, Johann Sares.
- Wernigerode,** Wilhelm Berge, Hermann Klare, Ernst Lauterbach, Albert Kresse.
- Wilhelmshaven,** Ludwig Madenstedt, Wilhelm Madenstedt.

Den genannten Verbandsmitgliedern nachträglich die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrenstage. Die Verbandsstreue der Jubilare möge unserem Nachwuchs ein Ansporn sein zum Nachstreuen.

**Die Erde könnte ein Paradies sein und ist eine Hölle!** „Niemand seit Menschengedenken“, so schreibt der Weltreisende Colin Ross, in der Völkischen Zeitung Nr. 555 u. a., „stand in solch offenbarem Widerspruch billigte Produktion, Ueberangebot von Waren und Gütern gleichzeitig einer so trassen Not gegenüber und der Unmöglichkeit, bei offenbarem Arbeitswillen, diese Güter zu beschaffen. Diesen Widerspruch empfinden die arbeitslosen Arbeiter und Angestellten. Ihn empfinden die Kaffeepflanzer in Brasilien, die Weizenfarmer und Viehzüchter in Argentinien, die aus dem gleichen unbewußten Grunde die letzte Revolution machten. Und der wirtschaftliche Widerspruch unserer Zeit ist es noch viel mehr als die drückende englische Fremdherrschaft, die der Gandhi-Revolution Scharen fanatischer Anhänger zuführt. Noch nie — so weit menschliches Wissen reicht — standen solch ungeheure Naturkräfte, solche Fülle von Rohstoffen und Lebensmitteln zur Verfügung, noch nie war es möglich, mit einem solchen Minimum von Arbeit ein solches Maximum von Lebensbedürfnissen zu befriedigen. Vergleicht man aber den Gesamtlebensstandard des europäisch-amerikanischen Menschen und vor allem seine seelische Situation, die Summe von Glück, die ihm zuteil wird, mit dem Lebensrhythmus und der Glücksumme, die unvergleichlich primitivere Völker mit einer minimalen Technik sich geschaffen haben, so kommt man zu der Erkenntnis, daß die Rechnung nicht aufgeht, daß auch in dem rationalisiertersten Betriebe ein irrationaler Rest bleibt und daß dessen Außerachtlassung die ganze Rechnung fehlschlagen läßt. Unsere Zeit, wir Menschen von heute stehen wirklich vor dem größten Widerspruch, daß wir die technischen Möglichkeiten haben, das Paradies auf Erden zu schaffen, und daß wir drauf und dran sind, eine Hölle daraus zu machen, wie sie in solchem Umfange noch nie da war, aus dem einfachen Grunde, weil die Erde noch nie ein so einheitlich geschlossenes Ganze war und weil früher — als der Raum noch nicht bezwungen war — jeder einzelne Teil der Erde unabhängig vom andern sein eigenes Dasein führen konnte. Der Fluß der Technik ist das unvermeidliche Korrelat ihres Segens...“

Der offenen Blicks durch die Welt gegangene Colin Ross hat die Entwicklungslinien und die tieferen Ursachen der Weltkrise richtig erkannt. In der Tat ist es so, daß noch niemals die Natur den Menschen so ergiebig mit ihren Schätzen zu versorgen vermochte, als jetzt. Aber noch niemals war das Massenelend größer als zur gegenwärtigen Zeit. Das herrschende Wirtschaftssystem muß doch gewaltige Mängel haben.

**Die härtesten Abstriche beim Reichsarbeitsministerium.** In dem laufenden Etatjahr sollen nicht unerhebliche Abstriche erfolgen. Nach dem Verhandlungsergebnis soll der Etat um 134 Millionen Mark gekürzt werden. Der größte Teil der Summe entfällt mit 35 Millionen Mark auf das Reichsarbeitsministerium. Es folgt die Finanzverwaltung mit 16, das Reichswehrministerium mit 15, Versorgungs- und Ruhegehalt mit 14, Kriegslastenhaushalt mit 13, Reichsfinanzministerium mit 12, Reichsinnenministerium mit 6 ufw. Die Kürzungen im Haushalt des RWA betragen im einzelnen: 6 Millionen auf den Vertrieb von Versicherungsmarken, 7 Millionen auf die Auszahlung von Renten, 9 Millionen auf die Familienwochenhilfe, 6 Millionen auf den Wohnungsfürsorgefonds und 5 Millionen auf die Kleinrentnerfürsorge. Die Hauptlast der Etatbeschränkung hat mithin das Reichsarbeitsministerium und damit die Arbeiterklasse zu tragen. Die antizipale Stellung der Reichsregierung wird dadurch aufs Neue betraffigt.

# Adressenänderungen

- Gau: **Arnsdorf.** Vorj.: Paul Madenky, Siawinenstr. 13.
- Gau: **Seberndorf.** Vorj.: Martin Kaiser, Nr. 26, Kass.: Willi Liger, Nr. 68.
- Gau: **Oberniedig.** Vorj.: Mathias Müller, Hauptstr. 145, (Neubau).
- Gau: **Wernigerode.** Vorj.: Fritz Memmner, Langer Stieg 10.

# Briefkasten

**R. 100.** Dem Kauf steht rechtlich nichts im Wege, wenn die Einstellung des Betriebes vor 30 Jahren nicht Ursachen hatte, die mit dem Gewerbebetrieb an sich nicht zusammenhängen.

§ 11. Solche Anfragen werden nicht beantwortet, im übrigen ist die Redaktion darüber auch nicht informiert. Vielleicht irgend ein Gastwirt?

# Anzeigen

## Achtung! Tarifbezirk Groß-Berlin und Brandenburg Auszahlung der Wohlfahrtsgelder

Die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder erfolgt für den Innenbezirk im Gewerkschaftshaus, großer Saal, ab 17:30 Uhr, und zwar:

Steinsitzer: A bis H am Montag, dem 8. Dezember; I bis P am Dienstag, dem 9. Dezember; Q bis Z am Mittwoch, dem 10. Dezember.

Rammer: Am Donnerstag, dem 11. Dezember.

Hilfsarbeiter: Am Freitag, dem 12. Dezember.

Charlottenburg: Am Sonnabend, dem 6. Dezember, 18 Uhr, bei Röhrig, Schloßstr. 45.

Spandau-Nauen: Am Sonnabend, dem 6. Dezember, 18 Uhr, bei Wind, Pichelsdorfer Str. 5.

Teltow, Machnow, Stahnsdorf, Ruhlsdorf: Am Sonnabend, dem 6. Dezember, 18 Uhr, bei Zahradnick, Teltow, Hoher Steinweg 10.

Schöneberg, Steglitz, Friedenau, Siedende, Wilmersdorf, Zehlendorf, Lichterfelde, Tempelhof, Mariendorf: Am Sonntag, dem 7. Dezember, 10 Uhr, bei Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a.

Potdam, Werder, Bornim, Bornstedt: Am Sonntag, dem 7. Dezember, 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Caputh: Am Sonnabend, dem 13. Dezember, 18 Uhr, im Verkehrslokal.

Niederschönhausen, Pankow, Buchholz, Blankenfelde, Rosenthal, Wilhelmshagen, Am Sonnabend, dem 13. Dezember, 18 Uhr, bei Reichert, Niederschönhausen, Waldstr. 66.

Nord-Südbahn: Am Sonnabend, dem 13. Dezember, auf den Baustellen.

Neukölln, Britz, Rudow, Buckow: Am Sonntag, dem 14. Dezember, bei Richter, Prinz-Handjery-Str. 3. Buchstabe A bis J von 9 bis 12 Uhr; Buchstabe K bis Z von 13 bis 16 Uhr.

Köpenick, Adlershof, Grünau, Friedrichshagen, Oberschöneweide, Johannisthal, Eichwalde, Bohnsdorf: Am Sonntag, dem 14. Dezember, 10 Uhr, bei Waldow, Köpenick, Berliner Str. 19.

Michendorf, Saarmund, Seddin, Rehbrücke: Am Sonntag, dem 14. Dezember.

Steinhau: Am Sonntag, dem 14. Dezember, 10 Uhr, bei Sorgatz, Uferstr. 12.

Die invaliden Kollegen des Steinsetzergewerbes kommen am 15. Dezember, die invaliden Kollegen des Steinmetzgewerbes am 16. Dezember, von 9 bis 13 Uhr, ins Verbandsbüro.

Den Zahlstellen Fürstenwalde, Krammen, Eberswalde, Freienwalde, Luckenwalde und Brandenburg werden die Wohlfahrtsgelder an die zuständigen Kassierer durch die Bank überwiesen.

Verrechnete Wohlfahrtsgelder, die bis zum 23. Dezember nicht abgehoben sind, werden laut Beschluß der Verwaltungskommission dem besonderen Unterstützungsfonds überwiesen.

Bei der Auszahlung sind die Mitgliedsbücher vorzulegen. Wegen Auszahlung der Wohlfahrtsgelder ist das Verbandsbüro vom 6. bis 14. Dezember ab 12 Uhr geschlossen.

## Berlin

I. Jene Kollegen, die mindestens 1 Jahr organisiert sind und seit dem 14. Dezember 1929 bis 13. Dezember 1930 nicht mehr als 13 Wochen gearbeitet haben, melden sich im Büro zur Abholung der Weihnächtsunterstützung und zwar aus der

Gruppe Steinsetzer und Berufsgenossen am Mittwoch, 17. Dezember, von 8 bis 14 Uhr;

Gruppe Steinarbeiter und andere Berufe am Donnerstag, 18. Dezember, von 8 bis 14 Uhr.

II. Jene Kollegen, die mindestens 1 Jahr organisiert sind und ab Sonnabend, den 27. September arbeitslos sind, sowie jene, die vom 15. November an arbeitslos sind, im Jahr aber nicht mehr als 26 Wochen gearbeitet haben, melden sich im Büro, und zwar aus der

Gruppe Steinsetzer und Berufsgenossen am Freitag, 19. Dezember, von 8 bis 14 Uhr;

Gruppe Steinarbeiter und andere Berufe, am Sonnabend, 20. Dezember, von 8 bis 14 Uhr.

Mitgliedsbuch, Erwerbslosenkarte, evtl. Krankenbescheinigungen sind mitzubringen!

III. Die arbeitslosen Kollegen werden gebeten, die oben genannten Daten genau einzuhalten, da sie an anderen Tagen nicht abgefragt werden können.

Die Ortsverwaltung, i. A.: Gust. Nitsche.

## Wermünde-Bremerhaven

Am Sonntag, 7. Dezember 1930, um 16 Uhr, wichtige Versammlung im bekannten Lokal Tagesordnung: 1. Aufklärer Vortrag über Gewerkschaftsfragen und Genossenschaftswesen nebst Filmvorführungen. 2. Bericht des Vorstandes über die örtlichen Verhältnisse. 3. Verschiedenes. Unter anderem kommt ein Antrag zur Abstimmung über Strafmarken für Kollegen, die ihren Pflichten nicht nachkommen. — Erscheinen aller Kollegen ist deshalb Pflicht. i. A.: G. Meyer.

**Steinarbeiterhosen** aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 13.- Mk., aus II-Drahtleder 9.- und 6.50 Mk., **Mauersocken** 1,20 Mk. **Echt Lindner-Manchesterhosen** Qual. I 17.-, II 15.-, III 11.- Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hohlfeld, Dresden 6, Ritterstr. 2**

Den bekannt guten u. bestbewährten handgearbeit. **Steinbruchschuh** 14.75 Reelleste Bellefer. Hochw. Qualität.

Verlangen Sie Preisliste **Herm. Welbers** Berufschuhwerk **Bad Godesberg**



## Beschläge für Schreibzeuge

Kartenständer, Brieföffnerklingen, Petschäfte usw. liefert **F. W. Wagner, Altona/Elbe** Große Bergstraße 37 Liste bitte einfordern

## Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb **Otto Teske, Berlin N 31** Brunnenstraße 82

# Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Dresden am 14. Oktober der Schleifer Hermann Hegewald, 73 Jahre alt, Magenleiden, 3 Jahre arbeitsunfähig.

In Demitz-Thumitz am 5. November der Pflastersteinmacher Alw. Hänchen, 54 Jahre alt, 10 Wochen krank, Krebs.

In Ibbenbüren am 10. November der Sandsteinmetz Heinr. Scheermann, 52 Jahre alt, 2 Jahre krank, Staublunge.

In Zabitz am 14. November der Steinsetzer Paul Röder, 34 Jahre alt, einen Tag krank, Magenbeschwerden.

In Strehlen am 21. November der Brecher Fritz Immig, 30 Jahre alt, Schädelbruch durch Ueberfall, 8 Tage krank.

In Harburg am 22. November der Rammer Angelus Klipin, 58 Jahre alt, Bauchbruch, 5 Wochen krank.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Vom Industriestaub

Von Karl Misch. III. Teil (Nachdruck verboten.)

Die Bedeutung der Bekämpfung des Industriestaubes ist bis zur Stunde ganz allgemein unterschätzt worden.

Für unseren Beruf hat die Staubfrage insofern ein besonderes Interesse, als wir neben den gewerblichen Staubmengen auch die Staubpartikel aufnehmen müssen, die in der Luft schweben und denen auch die Allgemeinheit ausgesetzt ist.

In Wirklichkeit atmet der Mensch die Luft auch nicht ungeprüft ein. Die Schleimhäute der Nase und des Rachens warnen ihn vor unbrauchbarer Luft und halten grobe mechanische Verunreinigungen zurück.

Der Vortragende gibt aber zu, daß unser Straßenstaub aus Ruß und gasförmigen Verunreinigungen besteht, die durchaus nicht unbedenklich sind.

Die Veranlassung verlangt die Abfangung dieses Staubes an der Entstehungsstelle. In vielen Industrien ist dies durchaus möglich.

Mit dem zunehmenden Verkehr hat sich die Aufmerksamkeit aller in Betracht kommenden Kreise dem Straßenstaub und der Straßenreinigung zugewendet.

Der Straßenstaub wird immer lästiger und zwingt allmählich zu Bekämpfungsmassnahmen.

reinigung in New-York-City drei Straßenstaubsauger in den Dienst gestellt hat. Die bisherigen Betriebsergebnisse haben die Erwartungen voll und ganz erfüllt.

Die den Menschen umgebenden Staubarten sind äußerst mannigfaltig. In der Zimmerluft, die scheinbar staubfrei ist, sehen wir bei einfallendem Sonnenlicht zahlreiche feine und allerfeinste Staubteilchen in der Luft schweben.

Erhöht wird die Gefahr des Stuben- und Straßenstaubes durch die fast immer mitgeführten Sporen und Bakterien. Selbst winzige Teile von Schimmelpilzen sind in Gemeinschaft mit Staubteilchen oft ermittelt worden.

In der wärmeren Jahreszeit legt sich der Staub infolge verhärteter Schweißabsonderung reichlicher und fetter an unserer Körper an. In Gemeinschaft mit den abgestoßenen Absonderungen, namentlich durch die Talgabscheidung unserer Haut, bildet sich nach und nach eine Schmutzschicht, die die Poren verstopft und so die Hautatmung unterbindet.

Die Arbeiter der Staubindustrien müssen den Wohnungsstaub aus mannigfachen Gründen zu bekämpfen oder einzuschränken suchen. Es kommen hierfür 3 verschiedene Verfahren in Betracht: das Wasser, die Staubbindemittel und der Staubsauger.

Am wirksamsten läßt sich der Wohnungsstaub durch einen Staubsauger verhindern. Das Kehren ist dann entbehrlich, denn nicht nur der Fußboden, sondern auch die Möbel können mit Hilfe der aufsteigenden Bürste vom Staub und allen Unreinlichkeiten geäubert werden.

eindringt oder mit den Stiefeln eingeschleppt wird, zu Ablagerungen, oder sie steigen aufgewirbelt in die Luft.

Gefährlich kann der Stubenstaub dadurch werden, daß er in Räumen mit feuchten Wänden und vom Schwamm befallenen Dämmen Krankheitskeime verbreitet.

Sobald sich in einer Wohnung Ungeziefer irgendwelcher Art oder auch Gerüche bemerkbar machen, sollte in erster Linie für die Errichtung einer fugenlosen Fußbodenbedeckung Sorge getragen werden.

Zur Verringerung der Staubgefahr ist schon in der alten Lexiko-Literatur geraten worden, die gefährliche Handarbeit durch Maschinen zu ersetzen. Dieser fromme Wunsch läßt sich nur im sehr begrenzten Maße befolgen.

Obwohl der Leberstaub zu den weniger gefährlichen gezählt werden kann, so ist die dauernde Arbeit an der Fräs- und Aufputzmaschine doch gesundheitsgefährlich; denn die Luft ist in diesen Arbeitsräumen dauernd in eine dicke Staubwolke gehüllt.

Diese Abaugevorrichtungen am Leberprüfapparat sowohl als auch an der Fräs- und Aufputzmaschine sind nicht allein wegen ihrer technisch gut durchgebildeten und platzsparenden Konstruktion bemerkenswert; sie sind auch deswegen beachtlich, weil in dieser Weise staubverzeugende, bewegliche Werkstücke jeder erdenklichen Art abgeseugt werden können.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Winter der Not

Der erste Schnee ist gefallen, der Winter hat seinen Einzug gehalten, damit beginnt eine Jahreszeit, der von Millionen Menschen jorgenvoll entgegengesehen wird.

Die Zustände sind in fast allen Ländern Europas die gleichen. Trotzdem dürfte sich die schlechte Wirtschaftslage nirgends so scharf auswirken als in Deutschland.

Wenn man die Statistik der Arbeitslosigkeit einer Durchsicht unterzieht, kommt man zu einer erschreckenden Feststellung. Nach der neuesten Berechnung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes waren Ende Oktober 1930 24,0 v. H. aller Gewerkschaftsmitglieder beschäftigungslos und 14,8 v. H. fanden in Kurzarbeit.

Die ihre Nächte in Ballokalen verbringen, gehören zu einer anderen Schicht, als jene, die täglich den Demonstrationszug nach den Arbeitsnachweiser zurücklegen.

Einzelne Branchen und Berufen geht es aber noch weit schlechter wie dem Durchschnitt der Arbeiterklasse. Der Statistiker des ADGB bemerkt zu den Feststellungen: „Sichere Anzeichen dafür, daß die Krise den Tiefstand bereits überschritten hat und die Arbeitslosigkeit nunmehr zurückgehen wird, liegen leider noch nicht vor.“

Die Arbeitslosigkeit ist noch nicht auf ihrer Höhe angelangt, denn Ende Oktober gab es noch Möglichkeiten genug, Außenarbeiten zu verrichten. Des ferneren werden manche Industrien durch die Weihnachtsaufträge günstig beeinflusst.

Die ihre Nächte in Ballokalen verbringen, gehören zu einer anderen Schicht, als jene, die täglich den Demonstrationszug nach den Arbeitsnachweiser zurücklegen. Beide Sorten von Menschen gehören aber zu einer Nation.

auslegung, daß es der anderen Seite wesentlich besser geht. Ein altes englisches Sprichwort heißt: Es treibt ein Volk des Abels leichtes Spiel, wo Reichum wuchs, da Menschenkraft zerfiel.

Neue Bücher und Zeitschriften

Weltkrieg droht auf deutschem Boden, von General Lubendorff. Preis 90 Pfennig. Lubendorffs Volkswirtschaftslehre, München, Carlstr. 10.

Das eine Gute hat das Buch von Lubendorff: es wendet sich mit großer Energie gegen alle jene Verantwortungslosen, die da glauben, mit Waffengewalt und Solbatenpfeilereien Deutschland zu helfen.

„Kampf dem Faschismus“, von Adolf Schluck. Verlag J. S. W., Dieh Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68. Preis 20 Pfennig.

Nach der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

# Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Gedicht hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich ist, zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

## Pflichtgefühl

Mudder! gau mien Sündagstüg, Klock is halwi acht, Wie hebt doch Verammlung hüt, heft dor all an dacht? Lang mie doch mien Steebeln her, stoot dor ünner Schap, Nu mien Kückstod an mien Haut, un dann hau id af. Dewert Treppengläner noch, röpt se ut de Dör, Badder! heft od en Tschendaut? doch he hört nich mehr. Mutter it ehr Obendbrot alleen un ungefört, Badder sit in'n Sühungssool, un den Bördrag heurt. Un die Punkt „Verchiedenes“, — kraut he sienen Bort, Melb sid, wennn mol neudig ist, auf noch mal tom Wort, De Verammlung swängt he nich, den he kennt sien Pflicht, Mag dat regen oder sneen, he versümt se nicht. — Neben steit von Turm de Klock, nu ward Tiet no sus, Noch en lütten Slummergeg, un dann ower los. — Mudder liegt all in de Klapp, sogt en groten Knast. Badder hält ehr welcke Hand, so recht un liesen fast. Em fällt od de Doen tau, drömt luter dummes Tüg, Bon en feines Danzlokal, un en Dampferbrüch, Bon en dicken fetten Dal, Reichsdagswahl un Krieg, Bon en lütje dralle Kösch, seut un snuderig, Bon den Grafen Zeppelin, un en bunte Rau, Mudder stellt dat soken in, un beide hebt ehr Rau.

Jenny Horn.

## Das Gespensterrecht

Die Gespensterfurcht war in früheren Zeiten eine so allgemeine, daß es nicht verwundern kann, wenn sogar ernsthaft Menschen sich in einer uns komisch anmutenden Weisheitsweisheit mit ihnen beschäftigen zu müssen glaubten. Die sehr umfangreiche Dissertation „De jure spectrorum“, die i. J. 1700 in Halle herausgegeben wurde, ist eines der interessantesten Bücher über die Gespenster, nicht zuletzt deshalb, weil der Verfasser der berühmte Rechtslehrer Johann Samuel Strud war. Man ist fast versucht, zu sagen: schade, daß die böse Luftklärung schäuderweise dieses ganze schöne und unendlich spähafte System über den Haufen geworfen hat; das amüsante „Gespensterrecht“ wäre sonst untreitig eine blühende Nase in der öden Wüste der anderen doch zuweilen recht trockenen Spezialrechte geworden, Trost und Erholung für manchen Rechtsstudierenden.

Strud stellt in der Einleitung seines tiefgründigen Wertes seinem geehrten Leserkreis erst einmal die verschiedenen Sorten der Gespenster vor: Teufel, Kobolde, Bergmännlein, Feldgeister usw. Dann beginnt in vorbildlicher systematischer Ordnung die Aufzählung und Besprechung der durch die Gespenster entstehenden Rechtsfälle. Einige von ihnen sind besonders lehrreich, zum Beispiel die Frage, ob der Ehemann Scheidung der Ehe verlangen könne, wenn seine bessere Hälfte zu den bedauerlichen Weisen gehört, die besonders von den Gespenstern gepeinigt wurden, Strud verneint das; ein Verlöbniß könne freilich deshalb aufgelöst werden, eine Ehe dagegen aber nicht. Der Ehemann müsse also geduldig den Spul zusammen mit seinem angekranteten „Eheglüd“ ertragen. Rückständig ist Strud aber gegen die Hauswirte, die ihr Haus, in dem Geister ihr Unwesen treiben, an irgendeinen Ahnungslosen verkaufen. Da das Haus durch die Gespenster völlig wertlos sei, könne der unglückliche Käufer Klage erheben und Rückstatt des Preises sowie Zahlung einer angemessenen Entschädigung für den ausgestandenen Schaden verlangen. Kann ein Kaufvertrag aber angefochten werden, so natürlich erst recht ein einfacher Mietvertrag. In beiden Fällen aber muß der Kläger den Beweis erbringen, daß nicht er die Gespenster in das Haus gezogen hätte, sondern daß diese schon vor seinem Einzuge darin gewesen sind. Können der Käufer oder Mieter diesen Nachweis nicht erbringen, so stände es dem Verkäufer oder Hauseigentümer zu, die Injurienklage zu erheben. Einjährigend meint aber Strud in ermunterndem Tone, daß man nicht bei dem kleinsten harmlosesten Spuk gleich klagen solle. Wenn die Sache nicht übermäßig gefährlich aussehe, irgendwelche Gespensterlein mit ganz und gar sekundärer Bedeutung irgendwo in einem ganz entfernten Winkel des Hauses ein wenig herumrumoren, so solle man nur ruhig weiterwohnen.

Ferner verlangte Strud ganz kategorisch, daß den Delinquenten, die anzuführen vermögen, daß sie vom Teufel oder anderen „höher-situierter“ Geistern zu ihrer Tat unter Drohungen gebracht wären, unbedingt mildernde Umstände in weitestgehendem Maße zuzubilligen wären. Es ist anzunehmen, daß mancher diese prachtvolle Gelsbrücke gebraucht hat, und ewig schade, daß das heute nicht mehr gelten soll: es wäre doch eine wunderhöne Ausrede für „die armen, geplagten Kriminellen“ der Neuzeit.

Strud erging es mit seiner tiefstürzenden Dissertation wie es noch heute in der wissenschaftlichen Welt mit so vielen Werken erlauchter Geister geht. Ein anderer Rechtsgelahrter kam, Karl Friedrich Romonius, der 1763 das unwiderstehliche Bedürfnis in sich fühlte, die Welt mit einem noch spitzindigeren und gelährteren Machwerk zu beglücken. In seinem „Schediasma polemicum expendens quaestionem an dentur spectra, magi et sagae“, ist nicht nur der Titel außerordentlich schön, sondern auch die Zusammenstellung ungezählter Zitate, durch die bewiesen werden sollte, daß die Geisterfurcht eine derart große wäre, so daß auch der harmloseste Gespensterput den Käufer oder Mieter eines Hauses unbedingt berechtige, den Kauf- oder Mietvertrag ohne weiteres zu lösen.

Ja, wie gesagt, wenn die böse Luftklärung nicht gekommen wäre, welche wundervollen Perspektiven eröffneten sich uns heute. . . ? R. C. R.

## Ich will bei dir bleiben

Aus dem neuen Roman „Der Garten“, von S. Trauer. Mexiko, erschienen bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, die vom 7. bis 15. November eine Werbeweche veranstaltete.

So gingen sie zu dem Tannenwald. Bei den ersten Bäumen setzten sie sich nieder. Sie konnten von hier aus die weite Prarie übersehen und zugleich auch ein tiefes Stück hinein in den Wald, wo die Bäume sechzig, achtzig Meter hoch standen und die Säulen einer gewaltigen Halle. Meterhohe Farne standen im Walde, und an vielen Stellen war hohes Gras. Ueber dem Boden lagen verstreut Tannenzapfen groß wie Melonen.

„Du bist immer nur auf dem Hochland gewesen?“ fragte er. „Ja, immer.“ „Dann hast du noch keine Palmen gesehen, keine Dschungel, keine tropischen Wälder?“ Sie schüttelte den Kopf. „Daruüber freue ich mich sehr“, sagte er, sie ansehend. „Warum?“ „Weil ich dir das dann alles zeigen kann, weil du das alles durch mich zum ersten Male in deinem Leben sehen wirst. Dann wird es für ewig in deinem Erinnern verknüpft sein mit der Erinnerung an mich.“ „In der Erinnerung!“ fragte sie, weite Augen auf ihn gerichtet. „Wißt du denn nicht, daß ich selbst immer bei dir bleiben soll? Ich will bei dir bleiben, immer. Ich will keine Erinnerung an dich. Ich will mit dir sein, wohin du gehst, ob zum Guten oder zum Bösen.“ Andreu ergriff ihre Hand. Er ließ vor sich nieder.

Nach einer langen Weile sagte er: „Wer weiß, ob ich dir immer gefalle, kleines Mädchen. Ich bin nicht gut, glaube ich. Ich weiß nicht, wie ich zu einer Frau sein soll. Ich habe nie eine Frau gehabt. Vielleicht bin ich nicht so, wie du denkst. Du kennst mich nur einen Tag jetzt.“

Sie nickte und sagte mit einer Stimme, die schwer wurde: „Ja, ich kenne dich nur einen Tag. Aber du kennst mich doch auch nur gerade einen Tag. Aber nach vielen Monaten kennen wir uns dann ein Jahr.“

Er lachte und sie fiel in sein Lachen ein. Zwei große Käfer jagten sich zu ihren Füßen.

Da sagte sie, ohne ihn anzublicken: „Jede Käferin hat ihren Käfer. Ich will nicht allein sein. Ich will mit dir sein. Ich will dir helfen mit den Dingen und mit aller Arbeit. Ich werde für dich waschen und alles, was du sagst, werde ich tun. Ich habe mich auch gewaschen und mein Haar gekämmt für dich. Für mich kämme ich mein Haar nicht. Das wird doch wieder zerzaust vom Wind und vom Schlafen. Aber für dich kämme ich es immer und immer wieder. Ich habe auch meinen Rock genäht für dich. Für mich schadet es nichts, wenn mein Rock voller Löcher ist.“

„Das ist gut so“, sagte er mit gespieltem Ernst. „Ich will nicht, daß du bist wie die Frauen sind, die manche Muckachos in den Carretas haben, die sich nie waschen, die immer ganz und gar zerlumpt sind, die sich betrinken, wann und wo sie können, und die sich dann auf dem Erdboden herumwälzen und schreien und sich am vergessene Reden blöfen.“

„So etwas werde ich ganz gewiß niemals tun, Binaß Duffel“, erwiderte sie mit einem strengen Sehen ihrer Lippen.

Dann fügte sie hinzu: „Aber wie kann ich wissen, was gut ist, was richtig ist, was dir gefällt, wenn du es mir nicht sagst. Ich bin nicht so klug und so erfahren, wie du bist. Du sollst mir alles sagen, was ich tun muß, dir zu Wunsch zu sein. Du bist mein Mann, mi Señor. Und ich bin froh, daß du es bist und kein anderer. Aber wenn du mir nicht sagst, was richtig ist und was dir gefällt, wie kann ich es sonst wissen. Es kümmert sich niemand um mich, seit mein Vater tot ist. Aber du“, sie blinnte ihn mit weit geöffneten Augen plötzlich an, mit Augen, in denen Bitterkeit und Hilflosigkeit alles zugleich lag, „aber du, mein Mann, du kümmerst dich um mich und sorgst dich um mich. Du bist es, der mit mir machen kann und machen darf und machen soll, was du nur immer willst.“

Er sagte, seine Worte langsam gebend: „Ich will dich gewiß niemals verlassen, kleines Mädchen, und ich möchte dir sagen, ich bin so unendlich froh, daß ich dich gefunden habe, und daß du willst, daß ich dein Mann sein soll.“

Er legte seine Hand um ihren Kopf, zog den Kopf näher gegen seine Brust und streichelte ihr über das Haar.

Sie ergriff seine linke Hand, führte sie gegen ihre beiden Baden, die sie mit dem Handrücken preßte und küßte dann die Hand. Er beugte sich nieder auf ihr Haar und berührte es mit seinem Munde in einer Geste, die er so lange anhält, still wie ungeprochenes teures Gebet, daß es ihn dünkte, als flößen Jahrhunderte ungefühl durch das Unvernum.

Keiner von beiden sagte mehr etwas. Keiner versuchte, eine Bewegung zu machen, aus einer hauchartigen Angst heraus, daß dadurch etwas wohlthuend Unbestimmtes in ihrem Dasein und in der Welt zerstört werden könnte.

Und so floß der letzte müde Schimmer des sterbenden Tages über die weite Prarie dahin. Die Prarie hüllte sich ein für die Nacht in die Schleier eines Nebels, der lang ziehend, von allen Seiten gleichzeitig herzog, der heranrückenden Nacht voranschritt.

Die Nacht kam.

## Im 4. Stockwerk unseres Körpers

Von Dr. Kurt Ranjer.

Unser Körper, das Haus des Lebens, ist schon viele tausend Jahre alt, aber trotzdem besitzt er in seinem Innern ganz moderne Einrichtungen. Da gibt es z. B. Fenster und Türen, da gibt es Kanalisation und Wasserleitung, und nicht zuletzt verfügt jeder von uns über eine eigene Zentralheizung. Ihren Heizkessel stellt das Herz vor, von dem die Heizröhren in Gestalt zahlreicher Blutgefäße das ganze menschliche Haus durchziehen. Sommer und Winter ist — beim gesunden Menschen — diese Heizung gleichmäßig im Gange und hält, dank besonders feiner, technischer Einrichtungen, die Temperatur allenthalben stets auf gleicher Höhe, resp. wie man heute sagen würde: „Wir sind von Kopf bis Fuß auf Wärme eingestellt.“

Sobald indessen diese ausgezeichneten Anlagen unserer inneren Zentralheizung in irgendeinem Teile unzureichend, krankhaft verändert oder durch mangelhafte Pflege gestört sind, dann leidet, genau wie im Wohnhause, vor allem die vierte, die oberste Etage. Sie wird dargestellt von denjenigen Teilen des Körpers, die vom Herzen am weitesten entfernt sind, d. h. von Händen und Füßen, und so sind kalte Hände und Füße die unausbleiblichen Folgen mangelhafter Zentralheizung. Ihre Ursachen finden sie also in einer Störung des Blutumlaufs, die zunächst bedingt sein kann durch ein zu kleines oder krankes Herz. Letzteres pumpt dann nicht genügend oder mit zu schwachem Druck Blut in unsere Blutgefäße, so daß es nur in ungenügender Menge bis in die äußersten Körperpartien gelangen kann.

Weiterhin können die Röhren, die Blutgefäße, durch krankhafte Einlagerungen verengt oder verstopft sein, so daß die Menge des durchströmenden Blutes vermindert oder sein Zutritt in bestimmten Bezirken gehemmt ist. Da aber unsere Blutgefäße nicht starre, tote, sondern vielmehr lebendige, elastische Röhren sind, können Störungen dieser besonderen Lebensfunktionen gleichfalls zu kalten Händen und Füßen führen. Ein gesundes Blutgefäßsystem besitzt die Fähigkeit, sich bei Kältereizen zusammenzuziehen, bei Wärmereizen sich zu erweitern und so, wenigstens zu einem wesentlichen Teile, für die nötige Wärmeregulierung zu sorgen. Schon Freude oder Scham auf der einen und Furcht oder Schreck auf der anderen Seite vermögen, in Gestalt von Erröten und Erblassen dieses Spiel der Blutgefäße hervorzurufen. Ist aber diese Tätigkeit der Blutgefäße durch irgendwelche Umstände gestört oder gar aufgehoben, so kommt es, zumal im Winter, leicht zu kalten Händen und Füßen, zu Frostheulen und dergleichen mehr.

Was können wir gegebenenfalls dagegen tun? Zunächst lüchert der Mensch sich gegen die Kälteeinflüsse der Außenwelt zu schützen durch zweckmäßige, wärmende Kleidung: Handschuhe, Strümpfe und Schuhe. Diese müssen natürlich so beschaffen sein, daß sie zwar eng der Körperhaut anliegen, aber doch Hand und Fuß genügend Bewegungsfreiheit lassen und niemals durch zu knappen Sitz den Blutumlauf etwa absperrt. Liegt der Fehler in mangelhafter Leistungsfähigkeit der Blutgefäße, so muß man sie eben ein wenig trainieren. Körperliche Bewegung, gymnastische Übungen aller Art, kalte und warme Wechselbäder eignen sich hierfür besonders. Selbstverständlich üben Luft und Licht auf die Durchblutung der Haut gleichfalls einen ausgezeichneten, fördernden Einfluß aus.

In manchen Fällen werden vernünftig abgestufte Leibesübungen und die Anwendung besonderer Arten von Bädern auch auf die Leistungsfähigkeit des Herzens günstig einwirken, doch bezage man, um Unheil zu verhüten, in solchen Fällen stets vorher den Arzt. Er allein wird auch zu beurteilen vermögen, ob etwa eine andere, medikamentöse, elektrische, diätetische oder sonstige Behandlung in diesem oder jenem Falle am Platze ist. In unserem Körper sind wir unser eigener Hauswirt und unser eigener Portier. Sorgen wir also dafür, daß die Zentralheizung überall gut funktioniert, besonders auch im vierten Stock.

## Ist das Brieffschreiben überlebt?

Ein englischer Psychologe, Dr. William T. Root, ist zu der welterfütternden Erkenntnis gekommen, daß nur die intelligenten Menschen eine schlechte Handschrift haben, weil sie zwanzigmal schneller denken als schreiben. Daß vielen Menschen aus dem Berufsleben die Gewandtheit des Schreibens und darum die „Intelligenz“ der unleserlichen Handschrift fehlt, daß die meisten kaum Zeit zum Schreiben haben und darum beim Schreiben gehetzt wird, das ist dem englischen Psychologen offenbar nicht bekannt.

Das Tempo des heutigen Lebens kriecht auch in unser Verhältnis zu Papier und Feder hinein. Telephon! Wieviel schneller und wieviel bequemer! Oder ein mündliches Sprechen, wenn man sich mal wieder trifft. Und so kommt es, daß auch die Briefe unmodern werden und meist nur die notwendigen Briefe noch geschrieben werden. Auch hier der Gedanke der Sachlichkeit.

So wartet Großmutter heute länger, als es früher der Fall war, und auch bei Dichtern und Künstlern ist das gleiche der Fall. Sie haben es in einer Rundfrage einer literarischen Zeitschrift ehrlich bekant.

„Ich schreibe ungern Briefe“, antwortet Lion Feuchtwanger der „Literatur“ da frei und offen, „die über eine knappe, sachliche Mitteilung hinausgehen.“

„Das Briefeschreiben war mir stets eine Last“, antwortet ebenso Clara Viebig, „und wird es von Jahr zu Jahr mehr. Ich habe nie begriffen, welche Freude es unseren Müttern, Großmüttern, Urgroßmüttern gemacht haben kann, lange Briefe zu schreiben.“

Und in gleicher Weise schreibt u. a. auch Waldemar Bonsels: „Ich entfinne mich nicht, jemals einen Brief anders als ungeduldig, rasch und zurückhaltend geschrieben zu haben.“

Also keine Zeit. Tempo, Tempo! Genau wie bei uns. Und so wartet Großmutter schon so lange. Und uns selbst ärgert es auch. Da kann nur ein kurzer Entschluß die Befreiung bringen. Darum los! Sofort an den Tisch gesetzt und sogleich den lange fälligen Brief geschrieben an Tante Frieda!

## Die Flucht vor der Heimat

In einer chaotischen Wirtschaftsordnung ist bei Arbeitslosigkeit die Flucht vor der Heimat typisch. Der Bewohner der kleinen Stadt sucht in der nächsten bei Arbeitslosigkeit sein Heil. Darum das Wachsen der Großstadt trotz des Geburtenrückgangs. Oder die arbeitslosen Menschen steuern voll Hoffnung geraden Wegs nach Berlin.

Die Stadt der Rettung ist ungeheuer vielen arbeitslosen Menschen die Hauptstadt des Reiches. Aus allen Teilen des Landes strömen die verzweifelten Menschen nach Berlin. Meist vergeblich. Und weil die Hoffnung trügerisch war, darum bedeuten die Wanderungszahlen, die Berlin berichtet, Zahlen der Not und des Elends. Die Zahlen der Todesfälle sind in Berlin größer als die Zahlen der Geburten. Berlin ist darum eigentlich eine aussterbende Stadt. Und doch wächst Berlin von Jahr zu Jahr, weil Jahr für Jahr hoffende Menschen aus allen Teilen des Reiches hier Arbeit suchen. Hunderttausende alle Jahre!

Und wenn sich die Wirklichkeit des Wirtschaftslebens hier dann anders erweist, als die arbeitssuchenden Menschen zuerst gedacht haben, dann geht's wieder zurück. In die Heimat oder in andere große Städte. Wieviel Enttäuschung liegt in der einen Zahl, die Berlin da berichtet, wenn es 285 131 Personen nennt, die im Jahre 1929 wieder von Berlin abwanderten.

Und obwohl Hunderttausende wieder enttäuscht fortziehen und obwohl die Zahl der Todesfälle die Zahl der Geburten in Berlin übertrifft, wächst Berlin. Wächst Berlin Jahr für Jahr, nicht nur durch die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens, sondern auch, weil die Zahl der Hoffenden alle Jahre so groß ist.

Wenn in ähnlicher Weise große Industriestädte, besonders im Ruhrgebiet, von Abwanderung der Bevölkerung berichten, so zeigt das, daß die großen Industriestädte heute nicht mehr das Hoffnungsziel arbeitsloser Menschen sein können. Enttäuscht ziehen viele in ihre alte Heimat zurück.

Zu Arbeit und Brot?

## Der Stein des Anstößes

Wir selbst verwenden im Laufe des Tages unendlich viele Redensarten, ohne uns Gedanken zu machen, woher diese Redensarten stammen, oder wie sie entstanden sind. So fand ich kürzlich eine interessante Erklärung zu der Redensart der „Stein des Anstößes“. Dieser Redensart liegt eine wahre Begebenheit zugrunde. In der Stadt Pilska in Ostpreußen stritten sich im Jahre 1822 zwei Verwandte um das Eigentumsrecht eines Steines, der auf der Grenze der beiderseitigen Besitzungen lag. Da jeder von beiden Besitzer des Steines sein wollte, kam es zu einem Prozeß. Der Richter, ein ebenso geschickter wie rechtlich denkender Mensch, war überzeugt, daß wenn der Stein einem von beiden zugesprochen wurde, dieser lange Zeit ein Gegenstand der Reibung zwischen beiden Parteien bleiben würde und schlug daher folgenden Vergleich vor: „Der Stein soll so wenig des Klägers als des Beklagten Eigentum sein, vielmehr vor der Schwelle des Gerichtshauses unter dem Namen „Stein des Anstößes“ eingelassen werden, damit jeder, dessen Weg nach dem Gericht führt, durch diesen Stein erinnert werde, dieses nicht wegen eines geringen Gegenstandes zu behelligen, noch weniger oder durch dergleichen Bagatellden das Freundschaftsband zwischen Verwandten und Nachbarn zu zerreißen.“ — Dieser Vergleichsvorschlag wurde angenommen und seit dieser Zeit liegt der Stein vor der Tür des Gerichts zu Pilska.

## Die Hosentasche

Wollt ihr wissen Warum zerrissen Immer die Hosentaschen von unseren Jungen? Dann seht euch bloß mal an Was solche Tasche alles bergen kann Von einem Knirps vielleicht von sieben . . . Ein Stück Brot vom Frühstück übriggeblieben Mit Margarine, Eine verrostete Rosine, Die liebevoll einen Nagel umfängt, Der an einem Stück Strippe sich aufgehängt. Ein Katapult mit drei Schleudersteinen, Aetgummi, vermählt mit dem Futterlein, Und herrlich bunt und eingeriffen Zwei Briefmarken, die von weither sein müssen, Sonst macht das Sammeln kein Vergnügen; Ein Tintenwischer, zwei tote Fliegen, Ein Splitter Holz, ein Fehler Papier, Ein Baukloß, Marmor drei oder vier, Ein Bleistift, natürlich ohne Spitze, Die rote Trappel von einer Mücke, Ein hunder Scherben von einer Flasche, O Mütter, Väter, die Hosentasche Von euern Buben ist unergründlich, Aufgeblasen und doch nicht empfindlich, Selbst halb gelutschte Bonbons sind drin, Ein hübscher Sand, ein Soldat aus Zinn, Ein buntes Blatt aus dem Bilderbuch, Es ist alles da, nur kein Taschentuch!

Eise Krafft.